

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 3. Oktober 1919, Nr. 394.

Eine Schädigung Wiens als Fremdenstadt. Die StR. Vaugoin und Dr. Kienböck stellten in der heutigen Sitzung des Stadtrates folgenden Antrag, der der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen wurde: Wie aus Zeitungsnachrichten ersichtlich, soll auf der Pariser Fahrplankonferenz beschlossen worden sein, die Ablenkung der großen Express- und Luxuszüge von Wien durchzuführen. Die Orient-expreßzüge sollen statt über Salzburg und Wien durch Oberitalien und Jugoslawien und der Expreßzugsverkehr nach dem Nordosten statt über Wien und Krakau künftighin durch Bayern und Böhmen nach Warschau geleitet werden. Es ist klar, dass diese Ausschaltung Wiens vom internationalen Verkehr eine schwere Schädigung Wiens bedeuten und eine wichtige Hilfsquelle für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des zerstörten Staates unterbunden würde. Die Fertiggestellten stellen daher den Antrag, es möge der Stadt- und Gemeinderat durch den Bürgermeister an die österreichische Regierung herantreten, damit dieselbe unverzüglich bei den kompetenten Faktoren vorstellig werde, um diese schwere Schädigung Wiens hintangehalten werde.

Ausgestaltung der vierten Bürgerschulklassen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Hellmann (Soz. Dem.) über die Errichtung weiterer vierter Bürgerschulklassen. Diese Klassen seien von wesentlicher Bedeutung für die weitere Fortbildung der Schüler und Schülerinnen, leider habe aber Wien davon bisher sehr wenige. Er stellte deshalb den Antrag, die Gemeinde möge ihre Zustimmung geben, dass in jedem Gemeindebezirk, wo nur eine solche Klasse besteht, noch eine weitere solche Klasse bzw. 2 Klassen, und zwar eine für die Knaben und die andere für die Mädchen errichtet werden möge, vorausgesetzt, dass sich dazu die nötige Anzahl von Schülern und Schülerinnen meldet. StR. Rummelhardt (chr. spz.) begrüßte freudig diesen Antrag, den er dahin erweitert sehen möchte, dass sowohl die Lehrer als Eltern auf dem Zweck dieser Klassen als Vorbereitungs-klassen für die gewerbliche Ausbildung aufmerksam gemacht werden. Der Referent erklärte sich bereit, dass diesem Wunsche seitens der Schulverwaltungen Rechnung getragen werden könne. Seine Anträge wurden einhellig zum Beschlusse erhoben.

Ein neuer Bezirksamtsleiter. Der Bürgermeister hat den Magistratsrat Dr. Felix Lippert unter gleichzeitiger Abberufung als Bezirksamtsleiter für den 8. Bezirk von der Funktion des Vorsitzenden des Mietamtes entbunden und dem Magistratsrat Dr. Franz Bertolas zum Leiter des Bezirksamtes für den 8. Bezirk und zum Vorsitzenden des Mietamtes bestellt.

Kartoffelabgabe. Von Samstag bis Montag wird im XI. Bezirk 1/2 kg Kartoffeln pro Kopf ausländischer Herkunft zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „O“ der Kartoffelkarte abgegeben. Außerdem kommen am Samstag, den 4. d. M. außerhalb der Rayonierung Kipflerkartoffeln auf den Märkten und Markthallen des II., III., IX., X. und XVII. Bezirkes, und zwar 1/2 kg pro Kopf zum Preise von K 3.84 für das Kilogramm gegen Durchlochung des Buchstabens „T“ am unteren Rande der Mehlbezugs-karte zum Verkaufe.

Invalidenrenten-Vorschussauszahlung. Die Vorschussauszahlungen auf die Invalidenrenten finden nicht mehr in den Räumen des Invalidenamtes statt, sondern ab Montag nur im Neuen Rathaus (Volkshalle), Zugang von der Ringfront; Zeit der Auszahlung zwischen 8 und 1 Uhr. Samstag kann daher wegen der Uebersiedlung der Vorschussabteilung weder im Invalidenamte noch im Rathaus eine Auszahlung des Vorschusses vorgenommen werden.

Die Vorsprache der Stadtratsabordnung beim Staatskanzler. Im Sinne des gestern gefassten Beschlusses begab sich heute eine Abordnung des Stadtrates unter Führung des Bürgermeisters zum Staatskanzler. An der Abordnung nahmen außer dem Bürgermeister Reumann, die Vicebürgermeister Hoss und Wiater, sowie die StR. Breitner, Dr. Scheu, Speiser, (Soz. Dem.) Dr. Kienböck und Vaugoin (chr. spz.) teil. Bgm. Reumann richtete an den Staatskanzler eine Ansprache, in der er betonte, daß die Gemeinde Wien mit ihrem Protest gegen den Verkauf der Kunstwerke nicht etwa ausdrücken will, daß sie nicht zu jedem Opfer bereit ist, welches im Interesse der Ernährung der Bevölkerung gebracht werden müsse. Es dürfe aber erst zu einer so schwerwiegenden Maßregel geschritten werden, durch welche Wien eine empfindliche Einbuße an seinen Kunstschätzen erleidet, wenn alle anderen Mittel der Geläbeschaffung erschöpft sind. Dies könne aber nicht behauptet werden, da die Herbeischaffung von Geld auch auf andere Weise möglich und denkbar sei. Der Verkauf der Kunstschätze würde nicht nur einen verhältnismäßig geringen finanziellen Erfolg bringen, sondern auch das Ansehen Wiens im Auslande schwer beeinträchtigen. Es handle sich dabei nicht um die Erhaltung eines für die Schaulust der Fremden berechneten Besitzes, sondern um die Erhaltung von kulturellen Gütern, bei welchem bei einem kulturellen Aufbau Wiens wieder angeknüpft werden muss. Der Bürgermeister verwies darauf, daß aus dem Berichte des Staatssekretärs für Volksernährung hervorgehe, daß er nicht die genügende Unterstützung beim Staatssekretär für Finanzen finde, wenn es sich um die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung handle. Die Gemeinde müsse darauf bestehen, daß der Staatssekretär für Volksernährung/gehört werde, wenn die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung auf dem Spiele stehe.

Ein Aufworb der Staatskanzler liegt jetzt hier nicht vor.

StR. Breitner (Soz. Dem.) erwiderte auf die Ausführungen des Staatskanzlers, daß die Bevölkerung verlange, es mögen zuerst jene Güter in Anspruch genommen werden, welche bei einer Besserung der ökonomischen Situation wieder ersetzt werden können. Zunächst kommen die noch nicht angeforderten ausländischen Guthaben Deutschösterreichs in Betracht. Ausser dem besitze Deutschösterreich auch einen Bestand von ausländischen Wertpapieren, welche zwar angefordert, aber noch nicht realisiert wurden. Das Ausland werde nur dann an unsere Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit glauben, wenn nicht nur eine Sicherstellung geboten, sondern auch wirklich Zahlung geleistet werde. Ferner gäbe es in Deutschösterreich noch große Bestände an Wertpapieren der Nationalstaaten, welche gewiß auch vom alten Auslande in Zahlung genommen werden. Wenn behauptet würde, daß alle ausländischen Effekten verwendet seien, so war dies im Bezug auf die im neutralen Auslande befindlichen Wertpapiere nicht richtig. In erster Linie muß gefordert werden, daß die Juwelen und das Gold der Privaten angefordert wird, bevor man die Kunstschätze, die man beim Wiederaufbau Oesterreichs brauche, vergräbe. Die Kunstgegenstände seien nicht bloß ein Luxusbesitz, sondern ein Arbeitsinstrument für die Aufrichtung Oesterreichs. Es sei auch mit einer ganz außerordentlichen Langsamkeit bei den Maßnahmen des Staatsamtes für Finanzen vorgegangen worden, so daß alle diese Maßregeln der Anforderung und Beschlagnahme viel zu spät kamen. Oesterreich und Wien dürfe nicht darunter leiden, daß man auf finanzpolitischen Gebiete saumselig gewesen sei. Es sei gewiß möglich, innerhalb kürzester Zeit aus den Beständen Deutschösterreichs die Mittel anzuschaffen, welche zum Ankaufe der Nahrungsmittel dienen und aus diesem Grunde und nicht etwa, weil der Gemeinde die Erhaltung der Kunstgegenstände wichtiger sei als die Ernährung der Bevölkerung, habe der Stadtrat den Protest gegen den Verkauf der Kunstgegenstände beschlossen.

Nachdem auch StR. Dr. Kienböck (Soz. Dem.) betont hatte, daß dieser Protest nicht eine Parteisache, sondern eine allgemeine Angelegenheit der Bevölkerung sei, erwiderte der Staatskanzler, daß der Verkauf eine beschlossene Sache sei und in aller nächster Zeit vorsich gehen werde.

Ueber diese Vorsprache beim Staatskanzler berichtete StR. Dr. Scheu dem Stadtrate. An dem Bericht schloß sich eine längere Wechselrede, in der StR. Speiser erklärte: Der Herr Staatskanzler hat gelegentlich der Unterredung auf eine bezügliche Bemerkung hin darauf verwiesen, daß er anerkennen müsse, daß sich Wien in der Frage der Bereitstellung von Wertpapieren, die als Grundlage für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von ganz Deutschösterreich dienen, durch eine Auerkennenswerte Uneigenützigkeit auszeichne. Ich halte es für notwendig, daß es ausgesprochen werde, daß diese Uneigenützigkeit Wiens auch eine gewisse Grenze habe. Die einzelnen Länder der Republik Deutschösterreich schliessen sich, sehr zum Leidwesen Wiens, voneinander ab und legen gewissermaßen alles Gut, das sie innerhalb ihrer Grenzen besitzen, für sich in Beschlag. Es kann nicht so fort gehen, daß die Gemeinde Wien die in ihren engeren Grenzen befindlichen Güter der Allgemeinheit allein zur Verfügung stelle. Die Wiener müssen auch an sich selbst denken lernen. Unsere Staatsgenossen in den anderen Ländern aber müssten doch erkennen, daß Wien auch in seiner heutigen Lage sehr viel für die Allgemeinheit leisten könne und daß es nicht all den Haß und die daraus hervorgehenden Absperrungsmaßnahmen verdient, die die Länder da und dort zeigen. Ich glaube, daß die Staatsregierung aufmerksam gemacht werden muß, daß die Rechte und Verpflichtungen zwischen den einzelnen Bestandteilen des Staates gleich verteilt werden.

VB. Hoss hält es nicht für ratsam, daß dieser Standpunkt, den der Staatskanzler habe durchblicken lassen, veröffentlicht werde, denn es könne nach Außen nur unangenehm wirken, wenn die Gemeinde Wien sich wieder in den Gegensatz zu den Ländern bringe. Die Absperrungsmaßnahmen der Länder seien übrigens zum großen Teile das Werk der sozialdemokratischen Arbeiterräte, welche keine wie immer geartete Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich gestatten.

StR. Vaugoin gibt zu, daß sich die Länder von Wien absperren, aber diese Absperrungssucht sei, wie der Staatskanzler mitteilte, schon so weit gegangen, daß sich sogar Täler und einzelne Gemeinden absperren. Aber Wien ist daran nicht schuldtragend. Schuld daran ist die allgemeine vollständige Anarchie und die vollständige Unvermögenheit einer zentralen Regierung. Die Macht des Staates reicht tatsächlich nur bis an die Grenzen Wiens, darüber hinaus aber könne die Zentralregierung keinen Einfluß mehr üben. Der Redner berichtet sodann, daß er beim Abordnungsempfang an den Staatskanzler die Anfrage gerichtet habe, ob ihm davon bekannt sei, daß sich in einzelnen Bezirken bzw. Fabriken bewaffnete Arbeiterwehren gebildet haben. Der Staatskanzler habe erwidert, daß dies ihm unbekannt sei und daß der Friedensvertrag auch eine solche Bildung von Truppenkörpern entschieden verbiete. Im Übrigen werde er sich über die Angelegenheit informieren lassen und seine Weisungen erteilen. StR. Vaugoin richtete nun an den Bürgermeister die Anfrage, ob ihm auch bekannt sei, daß die Arbeiter verschiedener städtischer Unternehmungen solche Arbeiterwehren gebildet haben.

Bgm. Reumann erwiderte auf diese Anfrage, daß ihm hievon nichts bekannt sei, daß er aber in dieser Angelegenheit Erhebungen pflegen lassen werde.

StR. Speiser antwortete, daß er es für notwendig halte, gegenüber den Einwendungen des VB. Hoss zu erwidern, daß die Absperrung der Länder auf die christlichsozialen Landtagsmehrheiten zurückzuführen sei. Es müsse jede Gelegenheit benützt werden, um den Standpunkt Wiens gegenüber den Ländern zu verteidigen und besonders im gegebenen Falle könne man mit Recht darauf verweisen, daß die Länder auf Wien angewiesen sind und daß Wien für die Länder Opfer bringen muß.

StR. Täubler (Soz. Dem.): Es wurde hier gesagt, dass die Macht der Staatsregierung in Hütteldorf endet, dass sie keine starke Zentralgewalt habe und dass ihre Gewalt eigentlich nurmehr in Wien sei. So liegt die Sache tatsächlich. Die alte Ordnung der seinerzeitigen kaiserlichen Aemter, die das Volk niedergehalten und gezwungen hat sich dieser Ordnung zu beugen, ist gestürzt worden

2
und die kaiserliche Armee, die als Zwangsmittel hier gestanden ist, um alle Völker zu unterjochen, ist weg. Nun hat das Volk seine Souveränität und es muss sich eine Neuordnung im demokratischen Sinne selbst schaffen. Als das alte vom alten Staat alles Land- und Besitztum, was ihnen erreichbar war, ansichgerissen Oesterreich zerfiel haben die Tschechoslowaken und Jugoslawen Deutschland hat erwartet, was übrig geblieben ist und es ist daher selbst als der Schwarze Peter übrig geblieben. Dasselbe Spiel ist jetzt zwischen Wien und den Ländern. Wir sehen, dass die Länder überall zugreifen, sich weder um die Staatsgrundgesetze noch sonst etwas kümmern, kurz und gut, von ihrer Souveränität den weitesten Gebrauch machen und so tun, als wenn das alles in ihrem Interesse notwendig wäre. Wien allein hält den Staatsgedanken hoch und opfert sich für die Gesamtheit. Wenn Wien jetzt nicht zugreift und wieder wartet was übrig bleibt, so wird es wieder als der Schwarze Peter übrig bleiben. Ich halte es deshalb für sehr zweckmässig, dass diese Sache heute zur Sprache gekommen ist und dass wir uns einmal darüber gründlich aussprechen. Die Zustände, die heute sind, können nicht andauern. In den Alpenländern hat man Holz für eigene Zwecke verkauft und dasselbe nicht für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. Die Länder gehen auch in ihre Verfügungen selbständig vor und nun tritt an uns die Frage heran, sollen wir immer warten bis wir von der Nationalversammlung oder von sonst wem die Erlaubnis zu unseren Verfügungen erhalten oder sollen wir endlich in solchen Fragen einen eigenen Standpunkt einnehmen und unserer Meinung mit allem Nachdruck Ausdruck geben? Ich bin keineswegs ein Gegner jeder Veräusserung ich bin auch für einen Ausgleich aber in diesem Falle müssen wir den Standpunkt festhalten, dass wir uns nicht alles wegtragen lassen dürfen. Wenn wir um Milliarden Kunstschatze verkaufen sollen, so ist das eine Frage, die Wien in bedeutendem Masse angeht, weil diese Kunstschatze für Wien auf immer verloren sind. Die Sache geht Wien aber auch noch deshalb an, weil ein grosser Teil der Staatsgüter in Wien liegt.

Wenn auch wir uns auf den Standpunkt stellen: Was in Wien ist, den Wienern dann werden auch die Länder zur Erkenntnis kommen, dass es mit dieser Selbstzucht der einzelnen Gebiete nicht geht, sondern dass wir zu einem gemeinsamen Staat und zu gemeinsamen Schaffen zusammenschliessen müssen. Wenn sich Wien opfert und die anderen ihrem Egoismus nachjagen, können wir nie zu einer gesunden Neuordnung kommen.

StR. Schorsch (Soz. Dem.) trat den Gerüchten über Bildung von Arbeiterwahren entgegen. Diese Gerüchte seien wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass man aus Anlaß der letzten Unruhen in der Leopoldstadt eine Aufforderung an die Bezirke geschickt hat, es mögen Ordner, welche keinen anderen Zweck haben als eben die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, aufgestellt werden. Von einer Bewaffnung derselben sei keine Rede gewesen. Die Ordner wolle man deshalb aufstellen, weil sich bei Strassenaufzügen und dergleichen immer destruktive Elemente anschliessen, die solche Gelegenheiten zu Plünderungen und dergleichen ausnützen.

StR. Josef Müller (chr. soz.) sprach die Meinung aus, dass es vielleicht mit der Verpfändung der Kunstobjekte sein Bewenden haben sollte. Das Ausland solle uns jetzt Kredit geben, den wir in entsprechender Zeit dann zurückzahlen werden.

StR. Haider (chr. soz.) meinte, die Sache mit den Arbeiterwehren sei nicht so harmlos, als sie StR. Schorsch darzustellen versuche. Er mache darauf aufmerksam, dass vorige Woche in der Staatsbahndirektion auf dem Zimmer Nr. 32 eine Versammlung stattgefunden habe, die mit der Tagesordnung „wirtschaftliche Fragen“ einberufen worden sei und in der es sich aber um nichts anderes als um die Bewaffnung der Arbeiter gehandelt habe. Das sei eine Tatsache.

StR. Vaugoin (chr. soz.) erklärte, dass ihm mitgeteilt worden sei, es sei von Gasarbeitern der Beschluß gefasst worden, eine Arbeiterwehr zu gründen. Es seien die einzelnen Wachzimmer bereits aufgefordert worden, Leute, welche sich zu dieser Wehr melden, namhaft zu machen. In einem solchen Wachzimmer hätten sich von 30 Mann 6 gemeldet. Diese 6 hätten auch sofort einen Kommandanten gewählt und ausser dem es naturgemäss, daß man derartige Vorkommnisse nicht als bloße Gerüchte bezeichnen könne. Es sei ihm ferner mitgeteilt wor-

den, daß bei Siemens und Schuckert und bei den Lorenz-Werken Arbeiterwehren in Bildung begriffen seien. Wenn das alles nach den Mitteilungen des StR. Schorsch nicht richtig sei, so nehme er eine derartige Erklärung mit Freuden zur Kenntnis.

Der Bericht des StR. Dr. Scheu wurde sodann zu Kenntnis genommen.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 3. Oktober 1919.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung, worauf Schriftführer GR. Huber den Einlauf verliest.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Zulieferung von Obst an die Marmeladefabriken auf das unumgänglich notwendige Mass beschränkt wird und dass das Obst der Bevölkerung direkt zugeführt wird.

Bgm. Reumann: Die Verhandlungen, die zwischen der Wiener Marmeladeindustrie und den staatlichen Stellen geführt wurden, führten dazu, dass die Marmeladefabriken auf den Einkauf von Äpfeln in Oberösterreich und Steiermark verzichten und hierfür mit einem Kontingent, 200 Waggon von der Obstverteilungsstelle beliefert werden. Von dieser Menge bekommen sie täglich 15 bis 20% des Einlaufes, alles übrige Obst ist für die Versorgung der Märkte bestimmt. Die Kapazität der Wiener Marmeladefabriken beträgt mehrere tausend Waggon. Der Gesamteinlauf an Inlandäpfeln betrug bisher rund 350 Waggon, von denen insgesamt 35 der Marmeladeindustrie zugewiesen wurden. Ob und in welcher Weise die Belieferung der Marmeladefabriken ausserhalb Wiens geregelt ist, ist dem Magistrat nicht bekannt. Ich werde jedoch beim Ernährungsamt beantragen, es möge auch die Belieferung der Marmeladefabriken ausserhalb Wiens in einer Weise geregelt werden, dass die Belieferung Wiens mit frischem Obst nicht beeinträchtigt wird.

GR. Josefine Kurzbauer (chr. soz.) fragt, ob vor der nochmaligen Verarbeitung der verdorbenen Marmelade alles geschehen ist, was Sicherheit bieten kann, dass diese genussfähig und nicht gesundheitsschädlich ist und ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Bevölkerung vor Schaden bewahrt werde.

Bgm. Reumann: Das amtliche Gutachten über die Untersuchung der von der Fabrik Tribuswinkel erworbenen Marmelade geht dahin, dass die Marmelade die vorgeschriebene Zusammensetzung aufweist, infolge längerer Lagerung unter ungünstigen Temperaturverhältnissen essigstichig geworden ist und dass die nach Umkochen unter Zusatz von Zucker ohne Bedenken dem menschlichen Genuss zugeführt werden kann.

GR. Benisch (Soz. Dem.) sagt, dass im Gaswerk Leopoldau 791 kg Mais von Arbeiterrat beschlagnahmt wurden, der auf einen Wagen verladen mit Koks bedeckt den Betrieb hätte verlassen sollen. Der Mais soll Eigentum des Werkmeisters Stocker gewesen sein und es sollen auch während des Krieges Amtsräume zur Einlagerung verschiedener Artikel, die zum Schleichhandel dienten, verwendet worden sein. Er fragt, ob der Bürgermeister durch eine Untersuchung den Warensachverhalt feststellen lassen wolle.

Bgm. Reumann: Die über diese Sache von der Werkleitung eingeleitete Untersuchung ergab, dass der Werkmeister den Mais ohne Bewilligung der Werkleitung auf einem zu Werkszwecken nicht benützten Raume des Fesselhauses aufbewahrt hatte. Bei der Wegführung des ihm gehörigen Maises wurde er vom Arbeiterrat betreten. Gegen den Werkmeister sind wegen anderweitiger Beschuldigungen Erhebungen im Zuge, die auch auf die in der Anfrage behauptete Einlagerung anderer Artikel in Diensträumen ausgedehnt werden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) weist unter Bezug auf eine Notiz der „Tribune de Genève“ auf die Bedeutung einer allenfalls in der Westschweiz gegen Deutschösterreich und Wien eventuell wiederbeginnenden Presseschlacht hin und fragt, ob der Bürgermeister gegen den angeführten Artikel betreffend dem Schulstreik der tschechoslowakischen Kinder in Wien, eine entsprechende offizielle Berichtigung hinauszugeben ist.

Bgm. Reumann: Ich werde die Notiz der Genfer Zeitung zum Anlass nehmen, um eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung der Angelegenheit zu veröffentlichen.

GR. Klinec (Tscheche): Die Hauptsache ist, dass wir tschechische Schulen bekommen.

GR. Schön (Soz. Dem.): Das ist Eure grösste Sorge.

GR. Klinec (Tscheche): Das ist auch unsere grösste Sorge.

GR. Schön (Soz. Dem.): Unsere grösste Sorge ist die Kehle.

Bgm. Reumann: Sie wissen genau so wie ich, dass bezüglich der tschechischen Schulen Verhandlungen gepflogen werden.

GR. Klinec (Tscheche): Das dauert schon ewige Zeiten. Sie werden uns nicht zumarren halten.

Bgm. Reumann: Schreiben Sie nicht so.

Auf mehrfache Zwischenrufe der Sozialdemokraten, die aber in dem stehendem Lärm unverständlich bleiben, sagt GR. Machat (Tscheche): Sie wollen Sozialdemokraten sein? Sie sind ja Reichsnationaler.

Bgm. Reumann: Der Staatskanzler verhandelt ja über diese Frage und wenn die Verhandlungen noch nicht zu Ende gebracht sind, so müssen Sie sich eben an den Staatskanzler wenden und nicht an den Bürgermeister.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) urteilt seinen in der Gemeinderatsitzung vom 20. Juni gestellten Antrag wegen Schaffung einer städtischen Auslandspropagandastelle.

Bgm. Reumann: Ich habe in der Angelegenheit vom Magistrat ein Gutachten eingeholt, in welches der Interpellant Einsicht genommen hat. Auf rein wirtschaftlicher Basis werden wir im gegenwärtigen Augenblicke das Ausland schwerlich genügend für uns interessieren können, solange wegen des Mangels an Kohlen und Rohstoffen unsere Industrie und unser Gewerbe stillgelegt ist. An die Aufnahme einer Fremdenverkehrspropaganda kann derzeit mit Rücksicht auf unsere Lebensmittel und Wohnungsnot nicht gedacht werden. Wir können momentan nur durch die Presse für unsere Stadt und unser Land wirken und ich möchte von dieser Stelle aus an unsere Presse den dringenden Appell richten, diesem Teil ihrer Aufgabe eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich selbst werde die Angelegenheit nach wie vor im Auge behalten.

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt im Anschluss an seine letztthin eingebrachte Anfrage wegen der Kleingeldnot an, ob das Finanzamt in dieser Angelegenheit bereits etwas verfügt hat und was der Bürgermeister zur Erleichterung des Geldverkehrs in Wien zu veranlassen gedenkt.

Bgm. Reumann antwortete, dass nach den heute eingezogenen Erkundigungen die Regierung die Ausgabe von Papiernotgeld nicht beabsichtige, wegen der Gefahr von Fälschungen. Doch sei die Ausgabe eines neuen österreichischen Hartgeldes in Vorbereitung auf das in ungefähr 6 Wochen gerechnet werden kann.

GR. Erntner (Deutschnational) interpelliert betreffend die Aufnahme der Frauen mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten in die Geschworenen Listen.

Bgm. Reumann: Die für das Jahr 1920 auf Grund des Gesetzes vom 23. Jänner 1919 bereits fertiggestellte Liste weist für Wien rund 400.000 weibliche zum Geschworenendienste geeignete Personen auf und es haben während der Reklamationsfrist lediglich 10 Frauen einen Anspruch auf Befreiung erhoben. Es ist daher dem Wunsche des Interpellanten Rechnung getragen.

Die Gemeinderäte Zimmerl, Angeli und Kollegen fragen, welche Lebensmittel und welche Quantitäten aus dem von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung der neuen Mehrheit übergebenen Lebensmittelvorräten und an welche Körperschaften und zu welchen Preisen abgegeben wurden, und fragen den Bürgermeister wie er es verantworten könne, dass Lebensmittel, die für die gesamte Bevölkerung bestimmt sind, vorwiegend sozialdemokratischen Organisationen zugeführt wurden und weiters, welche Vorsorge der Bürgermeister zu treffen gedenke, damit die eisernen Vorräte wieder ergänzt und so für alle Fälle vorgesorgt wird.

Bgm. Reumann: In einem solchen Falle, wie dervorliegende wäre es gut, dass die Herren, wenn sie eine solche Interpellation einbringen wollen, sich doch erst beim Bürgermeister vorher erkundigen sollten, ob sie nicht mit solchen Anfragen eine Schädigung der gesamten Bevölkerung hervorrufen. Der eiserne Vorrat der Stadt Wien, der unter dem Regime meines Vorgängers aufgehäuft wurde, ist für uns eine dringliche Notwendigkeit. Wir haben auf den eisernen Vorrat es durch drei Wochen möglich gemacht, dass die Brotquote aufrecht erhalten werden konnte und warum dies so getan wurde, darüber hätten sie bei mir Aufklärung erhalten, sowie auch bei dem ihrer Partei angehörenden Herrn VB. Hoss. Nun will ich zur Beantwortung der Interpellation schreiten. Es ist richtig, dass die Gemeindeverwaltung in der letzten Zeit neben der regelmässigen Versorgung der städtischen Anstalten auch grössere Quantitäten Lebensmittel, und zwar: 350 Waggon Mehl und 120 Waggon Fettprodukte zur Behebung von Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung abgegeben hat. Es ist daher richtig, dass diese Lebensmittel, die für die gesamte Bevölkerung bestimmt gewesen, vorwiegend sozialdemokratischen Organisationen zugewiesen wurden. Die Lebensmittel sind vielmehr den staatlichen Zentralstellen zur Verfügung zugewiesen worden, welche unter Heranziehung der eigenen Bestände diese Lebensmittel nach dem normalen Verteilungsschlüssel an die Verbrauchersorganisationen und an die nichtorganisierten Verbraucher zugewiesen haben.

GR. Angeli (chr. soz.) richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt wäre im Interesse der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kartoffeln beim Ernährungsamt dahin zu wirken, dass jenen Personen, die Angehörige oder Bekannte auf dem Lande haben, gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte gestattet werde, sich direkt mit Kartoffeln zu versorgen.

Bgm. Reumann: Die Ansichten über die direkte Eindeckung der Wiener Konsumenten hinsichtlich ihres Kartoffelbedarfes durch die Landwirte sind seit jeher geteilt gewesen. Die Gemeinde hat stets den Standpunkt eingenommen, dass den vom Interpellanten bezeichneten Personen der direkte Kartoffelbezug gestattet sein solle. In der letzten Sitzung des Landeswirtschaftsamtes ist aber der Vorschlag, dies oder wenigstens die Eindeckung bei jenen Landwirten, die bereits ihr Kontingent abgeliefert haben zu gestatten, einstimmig also selbst mit den Stimmen der Vertreter der Landwirtschaft abgelehnt worden. Eine Entscheidung in dieser Frage, die bei der Landesregierung liegt, ist bisher noch nicht erlassen. Bei dieser Sachlage erübrigt nichts anderes, als die Anfrage dem Präsidium der Landesregierung unter Berufung auf die Stellungnahme der Gemeinde Wien in dieser Frage mit dem Ersuchen um schleunigste weitere Veranlassung zu übermitteln. Die Sache wird übrigens die Landesverwaltung noch einmal beschäftigen, denn Staatssekretär Löwenfeld-Russ hat den Herrn Landeshauptmann gebeten, es soll diese Angelegenheit nochmals im Landhaus zur Beratung kommen.

GR. Angeli (chr. soz.) fragt den Bürgermeister ob er die nötigen Aufträge erteilen wolle, damit der Antikalendar der Stadt Wien für das Jahr 1920 längstens im Laufe des Monats Jänner 1920 erscheine.

Bgm. Reumann: Der Hauptgrund für die ausserordentliche Verspätung des Erscheinens des bisherigen Antikalenders war eine viermonatige Unterbrechung der Druckarbeiten kurz nach deren Beginn vom Oktober 1918 bis Februar 1919. Die Druckerei stellte zugleich mit der Förderung einer namhaften Erhöhung der Druckkosten die Arbeit anfangs Oktober ein. Auch infolge anderweitiger Schicksale konnte der Kalender erst im August d. J. geliefert werden. Ich werde vorsehen, dass der nächstjährige Fernkalendar so rasch als möglich fertig gestellt wird.

GR. Vaugoin (christl.-sozial) weist in einer Anfrage auf die Dienstweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht hin, die sagt, dass Gesuche angestellter Lehrpersonen öffentlicher Volksschulen um ausgeschriebene Bezirks-Schulinspektorenstellen rechtzeitig im Wege des vorgesetzten Bezirksschulrates einzubringen sind, der sofort sein Gutachten beizufügen hat. Wie der Bezirksschulrat dieses Gutachten zu gehörfen hat, das sagt die Geschäftsordnung des Bezirksschulrates. Erst bei der Ernennung zum definitiven Inspektor verlangt die angeführte Dienstweisung eine gutachtliche Aeusserung vom Vorsitzenden des Bezirksschulrates. Da auch die sofortige Schöpfung der Gutachten bei der letzten Ernennung der prov. Inspektoren technisch möglich war, aber nicht durchgeführt wurde, wird gefragt, wie sich der Bürgermeister als Vorsitzender des Bezirksschulrates die Ausserachtlassung der Vorschriften des eingangs erwähnten Erlasses erkläre und wie er dafür sorgen wird, dass die Rechte des Wiener Bezirksschulrates auch gegenüber vorgesetzten Behörden gewahrt werden.

Weiter weist GR. Vaugoin ^(chr. soz.) darauf hin, dass seit der Neukonstituierung des Bezirksschulrates erst 3 Monate vergangen sind, ohne dass dieser zu einer Sitzung einberufen worden wäre. In der letzten Zeit wurden aber 2 wichtige Akten ex praesidio erledigt. So wurde an den Bezirksschulrat die Aufforderung gerichtet, sich über die Weiterverwendung der Bezirksschulinspektoren zu äussern. Diese Angelegenheit wurde präsidialiter erledigt. Auch die Abweisung der Beschwerden gegen Ortschulratswahlen erfolgte ohne Anhörung des Bezirksschulrates. Der Bürgermeister wird daher gefragt, ob er bereit ist, Aufklärung über obigen die Rechte des Bezirksschulrates verletzenden Vorgang zu geben und zu veranlassen, dass der Bezirksschulrat ehestens einberufen werde, und dass ihm die ohne seine Anhörung erledigt Akten zu neuerlicher Beratung vorgelegt werden.

Bgm. Reumann: Wie aus den beiden Anfrage selbst hervorgeht, handelt es sich hier um eine Angelegenheit, die lediglich in den Wirkungskreis der Schulbehörden gehört. Die Einberufung des Bezirksschulrates ist für die allernächste Zeit in Aussicht genommen.

GR. Vaugoin (Christlichsozial) sagt, dass in jüngster Zeit die Lehrer, die aus der italienischen Gefangenschaft heimkehren, nicht mehr angestellt werden, obgleich sich darunter auch Bewerber befinden, die bereits in den Jahren 1913 bis 1915 die Reifeprüfung abgelegt haben und fragt, ob der Bürgermeister den Auftrag erteilen wolle, dass solche Härten gegen Heimkehrer aus fiskalischen Gründen ein Ende nehmen und dass diese Lehrer-Heimkehrer, bei denen es sich nicht um eine grosse Zahl handelt, angestellt werden.

Bgm. Reumann: Da die Anstellung von Lehrern in den Wirkungskreis des Bezirksschulrates gehört, werde ich diese Anfrage als Antrag behandeln und an den Bezirksschulrat weiterleiten.

GR. Gabriele Walther (Christlichsozial) fragt, ob der Bürgermeister seinen Einfluss dahin geltend machen wolle, dass in Schuljahr 1919/20 den definitiven Handarbeitslehrerinnen an sämtlichen Volks- und Bürgerschulen wöchentlich nur 12 Unterrichtsstunden zugewiesen werden, damit die sonst überzähligen provisorischen Handarbeitslehrerinnen auch weiterhin in Verwendung genommen werden können.

Bgm. Reumann: Diese Angelegenheit gehört in den Wirkungskreis des Bezirksschulrates. Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der genannten Schulbehörde weiterleiten.

GR. Angeli (Christlichsozial) fragt, ob der Bürgermeister im Interesse der Wiener Bevölkerung bei den in Betracht kommenden Staatsämtern dahin wirken wolle, dass die Zentralen endlich aufgelöst werden und der legitime Handel wieder in seine Rechte tritt.

Bgm. Reumann: Ich möchte den Interpellanten auf all das verweisen, was für und gegen die Zentralen von berufener und unberufener Seite angeführt wurde, er wird zugestehen, dass es mir nicht möglich ist, diese Angelegenheit im Rahmen einer Interpellationsbeantwortung ihrer Wichtigkeit entsprechend zu be-

handeln. Keinesfalls aber liegt die Angelegenheit so klar, wie der Interpellant meint, dass nämlich kurzorhand alle Zentralen aufgelöst werden und die gesamte Versorgung dem freien Handel überantwortet werden sollte. Insbesondere was Mehl und Mehlprodukte anlangt, dürfte es dem freien Handel auch nicht gelingen, eine klavlose Versorgung der Bevölkerung zu bewerkstelligen. Dem Wunsche des Interpellanten, dass ich bei den in Betracht kommenden Staatsämtern dahin wirken solle, dass die Zentralen endlich aufgelöst werden und der legitime Handel wieder in seine Rechte tritt, kann ich daher in der verlangten strikten Form nicht entsprechen. Wohl aber werde ich bei allen sich ergebenden Anlässen bemüht sein, die Interessen der Verbraucher, deren Schutz derzeit der allerwichtigste ist, stets nach besten Kräften zu fördern.

GR. Schleifer (Soz. Dem.) fragt, ob der Bürgermeister im Hinblick auf die in der Bevölkerung verbreiteten Gerüchte über den Verkauf oder die Verpachtung der Elektrizitätswerke, Gaswerke und Strassenbahnen, eine Erklärung abzugeben bereit ist.

Bgm. Reumann: Es sind keinerlei Verhandlungen im Zuge, die auf einen Verkauf oder auf eine Verpachtung der städt. Unternehmungen abzielen und ich erkläre ausdrücklich, dass alle derartigen Gerüchte einer jeden Grundlage entbehren. Ich bitte ~~anzunehmen~~ die Damen und Herren des Gemeinderates doch endlich einmal auf diese Gerüchte nichts zu geben. Wenn es sich darum handelt, dass die eine oder andere Unternehmung verkauft werden sollte, so müsste ich in erster Linie dem Gemeinderat einen Bericht erstatten. Ich bitte das doch nicht zu vergessen. Jede Angelegenheit, die bei einem Greisler oder einer Milchfrau besprochen wird, wird zum Anlass einer Interpellation gemacht.

GR. Dr. Schwarz-Hiller interpelliert wegen Ausschaltung der Stadt Wien vom internationalen Eisenbahnverkehr.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Magistrat dem Stadtrate in dieser Angelegenheit, die eine schwere Schädigung für Wien bedeuten würde, dem Stadtrate bereits einen Bericht vorgelegt habe, welcher auch dem Gemeinderate Gelegenheit geben werde, zu der Frage Stellung zu nehmen.

GR. Retter (christl.-soz.) verweist in seiner Anfrage darauf, dass vor einigen Tagen das Kaiser Josef - Denkmal am Hofferplatz im 16. Bezirk abgetragen wurde, und zwar wie die Arbeiterzeitung teilt, aus Verkehrsrücksichten. Der Interpellant bezeichnet die Entfernung des Denkmals als eine Kulturschande und richtet an den Bürgermeister die Abfrage, ob ihm 1.) bekannt ist, wer diese Abtragung veranlasst hat, 2.) ob er damit einverstanden und 3.) ob er geneigt ist, zu veranlassen, dass dieser Akt eines blindwütigen Vandalismus, der niemand hilft, uns aber in den Augen jedes Kulturmenschen herabsetzt, sich nicht mehr wiederhole.

Bgm. Reumann: Die Abtragung des Obelisken erfolgte nicht aus Verkehrsrücksichten, sondern deshalb, weil sein Einsturz zu gewärtigen war. Da der Schaden nicht anderweitig behoben werden kann, musste, um ein Unglück zu verhindern, sofort an die Abtragung des oberen Teiles des Denkmals geschritten werden.

GR. Brntner (deutschnat.): Wird das Denkmal wieder aufgestellt?

Bgm. Reumann: Ich muss sagen, dass ich jetzt grössere Sorgen habe, als dass der Obelisk am so und so vielen wieder aufgestellt wird. Für die Wiederaufstellung des Obelisken wurde ein Kostenvoranschlag eingefordert, der jedoch noch nicht vorliegt. Entsprechend dem Ergebnisse dieser Vorarbeiten wird sodann dem Stadtrate berichtet werden. Der Herr Interpellant kann vorläufig beruhigt schlafen, es wird seinerzeit rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Obelisk wieder aufgestellt wird.

GR. Julius Müller (Soz.-Dem.) verweist in einer Anfrage darauf, dass bei einer Besichtigung der Stiftskaserne derselben für die Wiener Messe. Der Vertreter des Staatsamtes für Handel erklärte, dass das Ergebnis der Besichtigung auf die tatsächliche Unterbringung der Wiener Messe keinen Einfluss ausüben könne, da jeder freiwerdende Raum von diesem Staatsamte für die Zwecke irgend eines Amtes mit Beschlag belegt werden müsse, weil Hunderte von Anforderungen vorliegen. Die Besichtigung ergab überdies, dass der gesamte Akademie-Trakt in der Sifftgasse und überdies die Reitschule für die Akten des Kriegsarchivs benützt werden.

Es wird die Anfrage gestellt, ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Bestrebungen der Staatsämter, immer neue Räume für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen, entgegen zu treten und dahin zu wirken, dass die Ämter auf die unbedingt notwendigen Räume beschränkt werden. Ist der Herr Bürgermeister ferner geneigt, dahin zu wirken, dass die dadurch frei werdenden Räume je nach ihrer Eignung Wohnzwecken oder den Zwecken des Gewerbes und der Industrie dienstbar gemacht werden?

Bgm. Reumann: Es ist leider richtig, dass fortgesetzt das Bestreben herrscht immer neue Räume in Büros umzuwandeln. Hinsichtlich der Staatsämter steht dem Wohnungsamt derzeit keine Verfügung zu; eine Einflussnahme, ohne das Recht, zuzwingende Verfügungen zu treffen, haben sich nach den bisherigen Erfahrungen als unwirksam erwiesen. Das Wohnungsamt wird demnächst ins einzelne gehende Vorschläge erstatten, die dahin gehen, ähnlich wie dies in Deutschland bereits geschehen ist, alle Ämter, welche ungebührlichen Raum einnehmen, zwangsweise zur Räumung aller für Wohn- oder gewerbliche Zwecke geeigneten Lokalitäten zu verhalten und hinsichtlich ihres allfälligen weiteren Raumbedarfes auf Baracken, bisherige Repräsentationsräume u.s.w. zu verweisen.

GR. Weber (Soz.-Dem.) fragt, ob der Bürgermeister erheben lassen wolle, ob bei den bevorstehenden Abläufe des Pachtvertrages zwischen der Donauregulierungskommission und der österreichischen Fischereigesellschaft, nicht die Möglichkeit vorhanden ist, dass die genannte Gesellschaft ausgeschaltet wird und das alleinige Recht der Fischerei in den Gewässern der Donauregulierungskommission der Gemeinde Wien übertragen wird.

Bgm. Reumann: Über diese Interpellation werde ich erst Erhebungen pflegen lassen und in der nächsten Sitzung einen Bericht erstatten.

GR. Marie Wielsch (chr.-soz.) sagt, dass gerade in der jetzigen Zeit Gemeinde und Staat verpflichtet sind, mit allen Mitteln die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit der Jugend zu heben und die Gemeinde in Bezug auf Jugendfürsorge wohl kaum zurückstehen will und fragt, ob dem Bürgermeister ein Beschluss des Stadt- und Gemeinderates bekannt ist, auf Grund dessen bei der Ausstellung von Schülerkarten die Beibringung eines Armutzeugnisses verlangt wird bzw. ob er bereit ist im Interesse der Jugendfürsorge die Verabfolgung von Schülerkarten in der bisher üblichen Weise wieder in die Wege zu leiten.

Bgm. Reumann: Zur Regelung der Fahrpriesbegünstigungen auf den Strassenbahnen wurde ein eigenes Komitee eingesetzt, das auch die in der Anfrage erwähnte Angelegenheit in den Bereich seiner Beratungen ziehen wird. Ich werde veranlassen, dass die Anfrage sofort diesem Komitee zugeht.

GR. Doppler (chr.-soz.) sagt, dass er in der Gemeinderatsitzung vom 11. Juni ein Antrag betreffend die Erhöhung der Entschädigung für Lehrpersonen für den Dienst in den Brotkommissionen auf 10 K. täglich eingebracht hat und fragt, was in dieser Sache veranlasst wurde und ob der Bürgermeister geneigt ist, den erwähnten Antrag ehektens der Beschlussfassung auszuführen.

Bgm. Reumann: Die Anfrage ist erst um 2 Uhr eingelangt. Ich werde sie in der nächsten Sitzung beantworten, da ich wegen der Kürze der Zeit mich nicht mehr informieren konnte.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.) führt aus: Bei dem magistratischen Bezirksamte Hietzing provisorisch angestellte Beamte Mauritz Hebling ist Eigentümer des Hauses Anhofstrasse Nr. 92. Dort wohnt der Kutscher Franz Smutny, dem gerichtlich rechtskräftig gekündigt worden war. Nachdem die Wohnung Termin gemäss nicht geräumt wurde, brachte Hebling den Delogierungsantrag ein, der

auch vom Bezirksgerichte Hietzing bewilligt wurde. Am 2. Oktober 3 Uhr nachmittags soll die Delogierung stattfinden. Am selben Tage vormittags wurde Hebling aus seinem Büro zum Bezirksvorsteher Schimon gerufen, bei dem bereits Smutny mit einem Arbeiterrat namens Fischer anwesend war. Hebling wurde vom Bezirksvorsteher vor die Wahl gestellt, entweder auf die Delogierung zu verzichten, oder der Arbeiterrat würde mit 8 Mann Volkwehr erscheinen und die Vornahme der Delogierung verhindern, bzw. einen derartigen Skandal machen, dass Hebling sich nicht einmal vor sein Haus mehr getrauen würde. Dadurch eingeschüchtert musste Hebling nachgeben und den Delogierungsantrag zurückziehen. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, den Bezirksvorsteher Schimon darüber zu belehren, dass er in Zukunft als Bezirksvorsteher sich aller Eingriffe in den Wirkungskreis der Gerichte zu enthalten hat.

Bgm. Reumann: Diese Anfrage werde ich in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.): Auf Grund der Kündigung des Bezirksgerichtes Hietzing bzw. des rechtskräftigen Urteiles wurde die zwangsweise Delogierung des Volkwehmannes Friedrich Wanzura aus seiner Wohnung Linzerstrasse 189 bewilligt. Die Delogierung wurde am 29. September vollzogen. Kurze Zeit darauf erschienen 5 Volkwehrmänner in Waffen (Baon 11) mit einem Arbeiter- und Soldatenrat. Die Wohnung wurde gewaltsam geöffnet und der Volkwehmann zog wieder ein. Da die Wohnung mittlerweile vermietet worden war, ist der neue Mieter nun obdachlos. Das Bezirksgericht Hietzing ist gegen die Arbeiter- und Soldatenräte machtlos. Es wird festzustellen sein, ob die Staatsgewalt oder die Anarchie in diesem Staate stärker ist. Der Interpellant fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenke, um zu verhindern, dass seine Parteigenossen in Zukunft die Tätigkeit der Gerichte hemmen.

Bgm. Reumann: Die Anfrage werde ich in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass die Gemeinde bei der Uebernahme der Lungenheilstätte Steinklamm der Meinung war, dass das Land Niederösterreich für die Patienten dieser Heilstätte die Gebühren vergüten werde, wenn die Patienten in Wien oder Niederösterreich heimatberechtigt sind. Nun sieht sich aber weder der frühere Landesauschuss noch die jetzige Landesregierung veranlasst, die Verpflegsgeldern für die Patienten von Steinklamm zu bezahlen, so dass Wien zur alleinigen Tragung der beträchtlichen Auslagen für Steinklamm genötigt ist. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister die notwendigen Schritte unternehmen wolle, um bei der Landesregierung eine Aenderung in ihrem Verhalten gegenüber der Stadt Wien und die von der Stadt Wien unternommenen Massnahmen zur Tuberkulosenbekämpfung zu erwirken.

Bgm. Reumann: Bezüglich dieser Anfrage werden Verhandlungen mit der niederösterreichischen Landesregierung geführt werden. Ich werde die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Angeli (chr.-soz.) beantragt, die Gemeinde wolle sich mit Ing. Anton Drabek in Verbindung setzen, der erklärte, eine Aktion und Organisation für die Holzversorgung zu unternehmen.

GR. Benisch (Soz.-Dem.) beantragt die Einsetzung einer gemeinderätlichen Sozialisierungskommission zum Zwecke des Studiums, der Vorbeberatung, der Beschlussfassung und der Antragstellung im Gemeinderat.

GR. Weber (Soz.-Dem.) beantragt die Wahl des Gemeinderates vom 24. April vorgeschlagenen Komitees zur Untersuchung der Misstände der Lebensmittelversorgung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

GR. Doppler (chr.-soz.) beantragt, den Finanzwachorganen in Uniform die unentgeltliche Fahrt auf der Strassenbahn einzuräumen.

GR. Dr. Odehmal (chr.-soz.) stellt den Antrag, die Ruhebezüge der an den Wiener Volks- und Bürgerschulen angestellten weiblichen Lehrkräfte auch dann denen der männlichen unter den gleichen Voraussetzungen zu billigen, wenn sie vor dem 1. Mai 1919 in den Ruhestand versetzt wurden.

GR. Angeli (chr.-soz.) beantragt mit Rücksicht auf den Mangel an Kleingeld die Ausgabe von Rückfahrtscheinen auf der Strassenbahn zu 1 K oder 1.20 auszugeben, die zu jeder Tageszeit zur Rückfahrt benützt werden können.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

VB. Ennerling übernimmt den Vorsitz.

Eine Reihe der auf der Tagesordnung stehenden Referate zur nachträglichen Genehmigung durch den Gemeinderat, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, werden en bloc angenommen.

Bgm. Reumann berichtet über die Massnahmen betreffend die Verhinderung einer abermaligen gänzlichen Einstellung des Strassenbahnverkehrs, der Einrichtung eines Ersatzverkehrs in Falle der Notwendigkeit, der Kohlenlieferung für die städtischen Elektrizitätswerke und für den Hausbrand sowie der Holzbeschaffung und weiterhin über den Bezug amerikanischer Kohle.

Der Bürgermeister bemerkt in seinen einleitenden Worten, dass das Nichtvorkommen des Wortes „Gaswerk“ nicht so aufzufassen sei, als ob das Gaswerk gut beliefert werde, was ja ein Widerspruch stünde mit den Forderungen, die wir an die Sukzessionsstaaten stellten und führt dann weiter aus: Dieser Antrag wurde deshalb auf die heutige Tagesordnung gestellt, damit sich überhaupt nach dem Wunsche des Gemeinderates eine Debatte über die Kohlennot und ihre Folge abwickeln kann. Die erste Folge der Kohlennot war die Einstellung des Strassenbahnbetriebes, die die Bevölkerung schwer belastete und die zu Kritiken führte, die nicht immer den Tatsachen entsprachen und nicht immer als rein sachliche Kritiken aufgefasst werden konnten.

Die Einstellung der Strassenbahn hat eine Summe von Fragen ausgelöst. Nun will ich in erster Linie über die Gründe sprechen, die zur Einstellung der Strassenbahn geführt haben. Es muss festgelegt werden, dass bei den Gaswerken ein täglicher Verbrauch von 1100 Tonnen, beim Elektrizitätswerk 900, bei der Hausbrandkohle (20 kg pro Woche) 1700 und bei Industrie und Gewerbe 4000 Tonnen stattfindet, also im ganzen ein Tagesbedarf von 7.700 Tonnen notwendig ist, wobei aber eine Ansammlung von Kohlenvorräten nicht erfolgen kann. Während der kurzen Tage steigt der Bedarf um 2.250 Tonnen, beträgt also im ganzen 9950 Tonnen bei gedrosselten Betriebe. Die Kohleneinfuhr betrug am 19. September für die Gaswerke 1504, für die Elektrizitätswerke 268 und für sonstigen Bedarf 780 Tonnen, bei einem Tagesbedarf von 3700 Tonnen. Am 20. September 823,69 und 587 Tonnen, demnach 1479 statt 3700 Tonnen und am 21. September 735, 84 und 480, also 1099 statt 3700 Tonnen. Der Bedarf an diesen 3 Tagen war 11.100 Tonnen, eingelaufen sind bloss 4082, demnach ein Abgang 7018 Tonnen, zu denen das Staatsamt für Handel 1858 Tonnen zuwies. Nun will ich in Kürze zeigen wie es mit den Gaswerken bestellt ist. Aus dem Berichte der Direktion ist deren Notlage ausgedrückt. So betrug der Kohlenvorrat im Herbst 1916 248.000 Tonnen und sank 1917 und 1918 auf 212.000 Tonnen bzw. 118.000 Tonnen herab. Diese Vorräte wurden aber zu einer Zeit angesammelt, in der die Sukzessionsstaaten noch nicht bestanden, zu einer Zeit, wo die Regierung die Disposition über die Kohlenvorräte hatte, die der heutigen deutschen österreichischen Regierung fehlen. Es ist behauptet worden, dass bei der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung Mangel an Voraussicht herrsche. Die Abnahme der Lagerbestände aber ist schon eingetreten, als für die Kohlenbeschaffung noch weniger Schwierigkeiten bestanden. Damals war aber auch die Kohlenförderung eine ganz andere, als heute. Wenn von September 1918 an eine weitere Verminderung in den Gaswerken eingetreten ist, hätte man schon zu jener Zeit Vor-sorgen treffen müssen. Der vorigen Majorität ist es genau so ergangen, wie es uns jetzt geht, sie wollten Vor-sorgen treffen, die sie aber, genau so wie wir, nicht treffen konnten, da Ereignisse gegenüberstand, welche alle Versuche, der Not vorzubeugen, Hemmnisse in den Weg legten. Dass wir jetzt schwer zu leiden haben ist Tatsache, über die wir uns nicht hinwegsetzen können und die wir nicht allein in der Kohlenversorgung wahrnehmen können, sondern auch in der Versorgung mit Lebensmitteln, denn auch hier ist eine Wendung zum Schlechteren zu bemerken.

Der Bürgermeister ging dann auf die verschiedenen Regierungsverordnungen über die Lichtfeinbeschränkungen über, gab ein genaues Zahlenbild über die Ersparnisse, die im Gaswerk durch diese Beschränkungen verursacht wurden und verlas dann einen Bericht des Gaswerkes über die stattgehabten Fälle, in denen

Der Bürgermeister zeigte hierauf an der Hand von Ziffern, welche Ver-
änderungen in Bezug auf die Versorgung der städtischen Elektrizitätswerke
seit dem Jahre 1916 eingetreten sind und sagte: Die sprunghafte Abnahme der
Vorräte in den Elektrizitätswerken führte zu den bekannten Spargassnahmen
im September 1918. Die Schikanierung der Bevölkerung hat also schon zu einer
Zeit stattgefunden, in welcher wir nicht am Ruder gewesen sind. Die Spar-
massnahmen waren aber von der Notwendigkeit diktiert. Auch die Finanzen der
Gemeinde waren Ende 1918 keine günstigen mehr. Man hat schon damals mit einem
kolossalen Defizit gearbeitet, was auch in einigen Zeitungen gesagt wurde,
dass das Defizit erst entstanden ist, als wir die Herrschaft übernahmen. Das
weitere Sinken der Kohlenvorräte im Februar und März führte zu weiteren Spar-
massnahmen. Vom Mai an hat eine sprunghafte Abnahme der Vorräte des städt.
Elektrizitätswerkes stattgefunden. Mehrmals wöchentlich wurde das Staats-
amt für öffentliche Arbeiten verständigt, welches kolossales Missverhältnis
zwischen Bedarf und Lagerung entstanden ist. Es wurde verlangt, dass in ener-
gischer Weise Spargassnahmen durchgeführt werden, aber von Seite der stadt-
lichen Verwaltung wurde mit grösster Entschiedenheit betont, dass schwere poli-
tische Verwicklungen drohten, es möge von solchen Massnahmen abgesehen wer-
den. Die Ansuchen, die von Seite des Staatsamtes geboten worden sind, haben
dazu geführt, dass eine Drosselung des Eisenbahnverkehrs stattfinden musste,
u. s. w. und die allgemeine volkswirtschaftliche Situation eine bedeutende
Verschlimmerung erfahren hat. Wenn gesagt wurde, dass wir diesem Zusammen-
bruch mit verschränkten Armen zugesehen haben, so muss ich sagen, dass dies
entweder dem Umstand zuzuschreiben ist, dass diejenigen, die diese Behauptung
aufstellen, nicht genügend informiert sind, oder dem Umstand, dass böser
Wille vorhanden ist, um nicht einzusehen, dass wirklich die grössten Anstren-
gungen gemacht worden sind.

Was die Verhandlungen betreffend die Beschaffung von Kohle anlangt, wo
wurden diese unausgesetzt fortgeführt. Es ist alles getan worden um die Be-
dürfnisse zu decken. Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen schritten die Be-
ratungen zur Gewinnung elektrischer Energie aus den Wasserkraften. Dass aber
die Gewinnung der elektrischen Energie nicht etwa in der Weise durchgeführt
werden kann, das unmittelbar in der jetzigen Zeit der Not eine Wendung zum
Besseren eintritt, ist wohl natürlich. Es wird niemanden geben, der glaubt,
dass Anlagen zur Gewinnung elektrischer Energie in kurzer Zeit möglich sind.
Es liegen eine Anzahl von Projekten vor.

GR. Feldmann (Deutschnational): Von den Projekten bekommen wir aber keine
Kohle.

Bgm. Reumann: GR. Feldmann ist der Ansicht, dass ich vielleicht glaube,
dass wir aus den Projekten Kohle bekommen. Dies glaube ich nicht und ich dan-
ke daher für den Zwischenruf. Denn wenn wir aus den Projekten Kohle bekommen
würden, so wäre die Strassenbahn nicht eingestellt worden.

Was den Strassenbahnverkehr anlangt, so ist dieser während der ganzen
Kriegsjahre nicht mehr auf die Höhe gebracht worden, auf der er vor Kriegs-
beginn war. Der Betriebsbeginn blieb lange Zeit hindurch unverändert und
nur der Betriebschluss wurde um drei Stunden früher angesetzt. Die Verkehrs-
leistung der Strassenbahn bleibt mit Rücksicht darauf, dass sie um 70% mehr
Fahrgäste befördert und mehr als die Hälfte zurück. Der Verkehr der Strassen-
bahn musste auch früher schon infolge der Kohlennot mehr eingeschränkt wer-
den als es jetzt der Fall ist. Abgesehen von den früheren Verkehrsschluss
um eine Stunde am Abend, der bereits am 24. August 1914 eingetreten ist, also
zu einer Zeit, wo die christlichsoziale Partei noch in vollen Besitze ihrer
Kraft, ja sogar im vollen Saft war, musste, am 30. Jänner 1917 die erste
empfindliche Einschränkung im Strassenbahnverkehr eintreten. Einige Linien
wurden aufgelassen und viele Haltestellen eingestellt. Am 15. Februar trat
eine neuerliche Verkehrseinschränkung ein, die bis zum 1. April 1917 dauerte.
Von da an sind noch sechsmal Verkehrseinschränkungen vorgenommen worden.
Die Kohlennot hat mit geringen Unterbrechungen seit dem Jänner 1917 eine
chronischen Charakter angenommen. Wenn vor kurzer Zeit in Prager Blättern zu
lesen stand, dass die Prager-Strassenbahn den Betrieb einstellen muss, so
möchte ich doch zu bedenken geben, was bezüglich der Kilometerlänge für ein
Unterschied in der Einstellung in Prag und bei uns besteht.

Durch die ungenügenden Zulieferungen von Kohle war auch die Versor-
gung des Küchenbrandes auf das schwerste beeinträchtigt. Es musste eine
Reduzierung der wöchentlichen Küchenbrandmenge von 25 auf 20 kg Steinkoh-
len und von 30 auf 25 kg Braunkohlen eintreten. Dies deshalb, um wenigstens
den Küchenbrand - der Zimmerbrand wurde ja schon lange nicht mehr angege-
ben- voll ausgeben zu können. Da sich aber eine ausreichende Belieferung
nicht ergeben hat, musste die Küchenbrandquote noch um weitere 5 kg herab-
gesetzt werden. Von der Möglichkeit der Erhöhung der Küchenbrandquote kann
keine Rede sein. Es ist wahrscheinlich, dass in Zukunft ein weiterer Rück-
gang wird eintreten müssen, da die Anlieferungen der Hausbrandkohle immer
schlechter werden.

Den niedrigsten Stand der Kohlenvorräte hat die Nordbahn am 13. März
mit 9 Tonnen erreicht; die städtischen Kohlenlagerplätze erreichten mit 6369
Tonnen den höchsten Stand am 7. April und den niedrigsten Stand mit 122 Ton-
nen am 27. September. Die Schwankungen, die in der Zwischenzeit auftre-
ten sind ziffernmässige Nachweise für den schlechten Stand unserer Kohlen-
versorgung. Wir sehen den Winter mit Bangen entgegen und die Kohlenversor-
gung wird keine Besserung erfahren, wenn nicht eine gewaltige Änderung ein-
tritt. Wir stehen vor einer Situation, deren Folgen unabsehbar sind.

Was die Holzversorgung anlangt, so stehen wir hier einer Leistung gegen-
über, für die wir nicht die nötige Kraft aufbringen können. Wir haben eine
Holzverteilungsstelle, wir haben ein eigenes Amt von der früheren Majorität
geerbt. Diese Amtstelle hat sich aber niemals mit der Holzversorgung zu
beschäftigen gehabt, sie war nur darauf eingerichtet, Unterzundholz zu be-
schaffen. Die ihr nun jetzt zufallende Arbeit der Holzversorgung kann sie
unmöglich erfüllen. Ich kann aber dem Amte keinen Vorwurf machen, wenn es
den gestellten Aufgaben nicht gewachsen ist. Um die Bevölkerung Wiens not-
dürftig mit Brennholz zu versorgen, brauchen wir zirka 1 Million Raummeter
Holz. Ob die aufzutreiben sind, das ist zu bezweifeln. Die Gemeinde hat
zwar das Anforderungsrecht auf Holz, sie hat auch ein Verzeichnis jener
Mengen, die angefordert werden können. Es fehlt nur dass die Schlägerungen
und der Transport durchgeführt werden können. Die Holzschläger verlangen
aber sehr hohe Löhne.

GR. Erntner (deutschnational): Wer hat die Löhne hinaufgetrieben?

Bgm. Reumann: Die Holzschläger haben die hohen Löhne verlangt. Auch die
Transportkosten sind sehr hohe. Bemerkenswert ist auch die Verschleppung
des Holzes, die einen sehr grossen Umfang angenommen hat. Sämtliche Bezirks-
hauptmannschaften haben ein Verzeichnis jener Waldbesitzer, die für die
Holzbeschaffung in Betracht kommen, darin sind die Kleinbauern aber nicht
enthalten. Das Einvernehmen mit den Waldbesitzern ist bereits gepflogen
worden, die aber die Beistellung von Transportmitteln verlangen. Das ist
für uns äusserst schwierig und die betreffenden Massregeln stossen auf
viele Schwierigkeiten. Diese sowie auch die Verhandlungen wegen des Preis-
ses haben zu keinem Resultat geführt.

Eine hervorragende Erörterung hat in der Tagespresse die Einrichtung
eines Ersatzverkehrs gebildet. Unmittelbar nach dem Telegramm, dass die
Wiederaufnahme der Strassenbahn verfügte, hat bei mir eine Besprechung statt-
gefunden, in der auch ein Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten
erschien. In dieser Besprechung wurde an denselben die Frage gerichtet, ob
die Staatsverwaltung geneigt sei, nunmehr eine kleine Kohlenmenge von den
künftigen Zuschüssen für die Betriebsaufnahme auf der Stadtbahn, falls es
bei der Strassenbahn wiederum zum Zusammenbruche käme, zuzuservieren, um
wenigstens einen kleinen Ersatz für den Strassenbahnverkehr zu haben, was von
Seite des Staatsamtes auch zugebilligt wurde. Was den Netverkehr über-
haupt anlangt, so käme eine ganze Reihe von Strassenzügen in Betracht, die
zur Stadt führen, so wie teilweise die Ringstrasse und gewisse Radiallinien
wie z. B. die Strassenbahnlinien 3, 8, 16, 6 und 7, im ganzen ungefähr 20
Linien. In erster Linie würde der Autobusverkehr in Betracht gezogen, wovon
aber der Mangel an Wagen, die Kohlennot und die schlechte Beschaffenheit der
Strassen abraten. Im Stellwagenbetrieb sind nur 23 Wagen verfügbar, zu dem
ungefähr 60 Pferde nötig sind, doch herrscht im Fuhrwerksbetrieb der Ge-

meinde selbst ein Mangel an Pferden. Auch an einen Lasten-Automobil-Verkehr
ist aus Mangel an Benzin und Schmieröl nicht zu denken. Die Verwendung der
alten Tramway-Wagen, die ebenfalls angeregt wurde, ist ebenfalls nicht zu
denken, da nur 600 alte Wagen da sind, von denen 400 betriebsfähig als An-
hängewagen in derzeitigem Verkehr abgestellt sind. In ihrem jetzigen Zu-
stande sind sie aber auch für Pferde nicht verwendbar, da man die Puffer
abnehmen müsste und für Anhänger-Vorrichtungen der Pferde erst vorsorgen
müsste. Diese Umbauten würden 4 Monate dauern, hohe Kosten verursachen und
wäre ausserdem mit der sofortigen Ausserbetriebstellung dieser Wagen ver-
bunden. Folglich ist an dieses Verkehrsmittel nicht zu denken, wenn man
auch davon absieht, dass 4000 Pferde notwendig wären, ohne Berücksichtigung
der für den Krakenstand und für die Vorspanne-nötigen Tiere. Die Veranzie-
hung privaten Lastenfuhrwerks ist ebenfalls infolge der hohen Preise nicht
durchführbar. Dadurch habe ich bewiesen, dass alle Bemühungen, einen Er-
satzverkehr zu schaffen, und ebenso alle Anregungen, die während der tram-
waylosen Zeit gegeben wurden, nicht im Stande sind, das zu ersetzen, was
durch den Strassenbahnverfall verloren geht. Es ist daher einzig und allein
unsere Aufgabe zu trachten, jene Produktionsmittel zu vermehren, die für
die Erzeugung von elektrischer Kraft notwendig sind.

GR. Yanguin (öhr. öst.): Vor einigen Wochen war im Gemeinderate eine
Debatte über die Kohlenversorgung, an welcher sich Redner aller Parteien
beteiligten und wo man das Bemühen von allen Seiten sah, endlich der Koh-
lennot abzuhelfen. Es wurden auch brauchbare Vorschläge gemacht. Das war
natürlich nicht im Wiener Gemeinderate (Heiterkeit), sondern im Berliner
Gemeinderate und wir waren Zeugen dieser Debatte. Wenn dort von Kohlen-
not gesprochen wird, geht mir in der deutschen Sprache der Ausdruck für
den Zustand, in dem wir uns befinden. Auf der Dienstreife in die Tschecho-
slovakische und nach Deutschland haben wir die Kohlenverhältnisse in diesen
Ländern kennen gelernt. Während im Frieden in der Tschechoslovakische ein
Arbeiter eine Tonne pro Tag förderte, ist sie jetzt auf 475 kg zurückge-
gangen. Das Nachlassen der Kohlenförderung ist also sicherlich auch eine
Ursache der Kohlenbeflieferung. Einer der wichtigsten Umstände ist der,
dass bis jetzt noch keine Aufteilung des Wagenparks unseres ehemaligen
Staates Oesterreichs stattgefunden hat. Diese Teilung wäre ausserordent-
lich wichtig, weil wir dann in der Lage wären, für so dringende Bedürf-
nisse die eigenen Waggonen hinzuzudirigieren. Wir leiden überhaupt unter
dem Mangel an Wagen. Nur Frankreich hat Ueberfluss. Seine Geleise sind
verstopft mit Waggonen und Lokomotiven, die die Deutschen abliefern mus-
sen und die die Amerikaner zurückgelassen haben und es ist merkwürdig,
dass es nicht einmal der tschechoslovakischen Regierung gelingt, Wagen
aus Frankreich zu erhalten. Die Amerikaner können ihre Wagen und Autos,
die sie hier gerne an den Mann bringen möchten, nicht verkaufen, weil die
Franzosen es einfach nicht gestatten. So haben sich Fälle ereignet, dass
Wagen und Autos von den Amerikaner einfach angezündet wurden, weil es
sich für die nicht rentiert, dieselben nach Hause zu senden. Es wirkt dies
ein grelles Streiflicht auf die Verhältnisse wie sie derzeit auf der
Welt sind. Mit der Tschechoslovakische wurde der Vertrag mit 5200 Täggen ab-

geschlossen, davon 1100 Tonnen Gaskohle aus dem Österr. Revier. Die Situation der Gaswerke ist durchaus eine fortwährend ernste. Die Katastrophe, die bei Einstellung des Gaswerkes heraufbeschworen würde, wäre weit grösser, als die derzeitige oder diejenige, die wir in der vergangenen Woche hatten. Wenn das Gasrohrnetz von Wien einmal ausser Druck kommt sind Explosionen unvermeidlich und dann kommt man innerhalb sechs Wochen überhaupt nicht dazu, das Gaswerk wieder in Betrieb zu setzen. Es müsste also schon rechtzeitig abgespart werden, wenn die Vorräte soweit zurückgehen, damit man in der Lage ist, das Netz weiter unter Druck zu halten und jene Abgänge zu ersetzen, die durch das natürliche Ausströmen, das Öffnen der Klappen und so weiter, entstehen. Ich möchte schon heute dem Herrn Bürgermeister und der Majorität zu bedenken geben ob/sich ^{die} wirklich der Meinung hingeben, dass die Bevölkerung im Winter, wenn sie keine Kohle zum Heizen und Kochen hat, weiter an die Sparmassnahmen halten wird oder um das Leben fristen zu können, die Sparmassnahmen übertreten wird. Es müsste auch von jener Seite, die uns durch den Friedensvertrag in diese Situation gebracht hat, ein so ausgiebiger Druck ausgeübt werden, dass innerhalb der Tschechoslowakei eine gewisse Einschränkung stattfindet.

Der Redner schildert sodann den Rückgang der Kohlenförderung von 287 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf unter 100 Millionen Tonnen, die Deutschland auferlegte Ablieferung von 20 Millionen Tonne jährlich, ferner den Mangel an Lokomotiven und sagt weiter: Die Kohlenproduktion wird un-
gemein gestört durch das Streikfieber, das die Bergarbeiter schüttelt und ganz Europa in Mitleidenschaft zieht. Unter diesen Verhältnissen musste sich unser Blick in andere Länder richten.

Wenn die amerikanische Kohle auch irrsinnige Preise aufweist, so müsse getrachtet werden, diese zu bekommen. Es müsse aber auch versucht werden, dass nicht die ganze Belastung dieses Kohleneinkaufes auf die Gas- und Elektrizitätswerke überwältigt wird, sondern vielleicht auf eine Teilung der Konsumenten nach dem Strassburger System eintrete. Es klingt vielleicht wie ein Unsinn, wenn man sagt, dass man manchen exportfähigen Industrieartikel haben. Es gibt Industrien, die exportiert werden können und durch die man die Valuta stärken und der Arbeitslosigkeit steuern kann.

Was den Vorwurf, der der Majorität in der Kohlenfrage gemacht wird, anlangt, so will ich mich bemühen darin objektiv zu bleiben.

GR. Forstner (Soz. Dem.): Objektiv wie vorgestern.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Dass Ihnen diese Rede zuwider war, das weiss ich. Ob die Einstellung des Strassenbahnverkehrs notwendig war? Ich habe mich über den Verbrauch von Kohle genau informiert. Die Strassenbahn braucht täglich 27 Waggon Kohle, wenn sie eingestellt wird ergibt sich aus verschiedenen Umständen ein Braggewinn von 18 Waggon. Nehmen wir an, dass wir bei den Elektrizitätswerken täglich 90 Waggon brauchen und nehmen wir dann noch den Ertrag von Zillingdorf dazu, dann kann ich mich der Meinung nicht verschliessen, dass die Einstellung des Strassenbahnverkehrs nicht unbedingt notwendig war. Wir stehen nun vor einem Winter, der uns alle Befürchtungen hegen lässt und heute erhalten wir dieses Referat vom Bürgermeister vorgelegt. Am 3. Oktober wird nun beantragt, es sind Massnahmen zu treffen die eine Einstellung der Strassenbahn in absehbarer Zeit ausgeschlossen erscheinen lassen. Ein solcher Antrag hätte schon früher erscheinen können, denn man hat schon seit dem Mai gewusst, wie schlecht die Verhältnisse sind, und diese haben sich nicht gebessert. Dann soll auch für einen Ersatzverkehr Sprge getragen werden müssen. Auch das hätten früher kommen sollen. Denn die sechs Arbeitstage, die die Wiener zu Fuss gehen mussten, werden ihnen unvergessen bleiben, wenn sie auch in komischer Weise sagten, dass sie sich bereits an die G Linie gewöhnt haben, aber es war nichts vorgesorgt als des Schnitzers Rappen.

GR. Hummelhardt (chr. soz.): Diese Rappen sind heute sehr schlecht.

GR. Vaugoin (chr. soz.): Bei dem Ersatzverkehr mussten nicht 1.3 Millionen Menschen befördert werden, aber die Arbeiter und die Beamten sollten wenigstens soweit befördert werden, dass sie nicht unmenschliche Wege zurückzulegen brauchten. Auch die Verfügungen, die getroffen werden sollen,

damit eine bessere Belieferung der Werke vorausgesehen werden könne, erscheinen etwas spät. Ebenso spät erscheinen die Massnahmen zur Beschaffung der Hausbrandkohle. Diese Anträge würden heute noch auf dem Tische liegen, wenn nicht die christlichsoziale Partei sie so energisch verlangt hätte. (Rufe: Sehr richtig).

Im Juli des Jahres sind die Tschechen an uns herantreten und haben Waffen für Kohle verlangt. Ich weiss, dass der Gemeinde- oder der Stadtrat kein Waffendepot hat, aber der damalige Staatssekretär Dr. Bauer hätte diese Gelegenheit aufgreifen müssen. (Rufe: Sehr richtig). Wenn gesagt wird - ich bin kein Verteidiger der Tschechen - dass die Tschechen ihre Verträge gebrochen haben, dann ist das unnützlich, seit 11. Juni haben wir keinen Vertrag mehr gehabt. Erst anfangs September wurde die Kommission hinausgeschickt, um die Ratifizierung zu urgieren. In der Kohlenfrage handelt es sich in erster Linie um die Existenz der Stadt Wien und erst in zweiter Linie um die Existenz des Staates, denn der Bauer oder der Kleinstädter wird sich Brennmaterial beschaffen können. Notwendig wäre es, dass die Gemeinde Wien die Kohlenbeschaffung selbst in die Hand nimmt, da es nicht angeht, auf das Ergebnis der Verhandlungen eines Staatssekretärs oder eines Ministerialrates zu warten. Aber jetzt wird alles auf den Staat geschoben, weil eben die Majorität die Verantwortung nicht tragen will.

Auch die eigene Kohlenförderung muss intensiv betrieben werden. Niederösterreich hat auch Forflager, die herangezogen werden könnten und es hat schon einmal jemanden auf der Welt gegeben, der Torf gebrannt hat. Dann muss auch mit den Projekten zur Gewinnung der elektrischen Energie endlich einmal angefangen werden. Es muss getrachtet werden, die kleinen Wasserkräfte heranzuziehen. Die Katastrophe ist gross, aber sie wäre noch grösser, wenn wir Zillingdorf nicht hätten. Da können wir mit Befriedigung darauf hinweisen, dass wir uns dafür eingesetzt haben und die Majorität kann mit weniger Befriedigung darauf hinweisen, dass sie sich dagegen eingesetzt hat. Zillingdorf und Ebenfurth müssen ausgebaut werden und der Raub, den die ungarischen Bolschewiken betrieben haben, muss ausgebessert werden. Man muss auch daran gehen, die Holzversorgung zu organisieren, mit der ja auch schon zu spät angefangen wird.

Die Erwiderung des Staatskanzlers.

Ich begreife und würdige vollständig, dass die Vertreter der Gemeinde Wien gegen diese Massnahme Einspruch erheben. Dass es soweit gekommen ist, das danken wir der Tatsache, dass unsere öffentliche Meinung die wahre Lage unseres Landes nicht zum Ausdruck bringt. Es wird nachgerade unerträglich, dass die Bevölkerung in Täuschung darüber gehalten wird, welche schwere Opfer notwendig sind, um uns über diese Krise hinwegzubringen. Es nützt nichts, wenn man sich vor den Tatsachen verschliesst und es beeinträchtigt unseren Kredit heute vielmehr, wenn wir uns optimistisch geben als wenn wir rund heraus sagen: Ja wir müssen die schwersten Opfer bringen, aber wir hoffen durch sie in Ordnung zu kommen. Ich weiss genau, dass das Ausland über uns so urteilt: Diesen Leuten ist nicht zu helfen, sie wollen nicht daran glauben, sie nehmen ihre Lage nicht ernst. Wir würden sofort im Auslande besser dastehen, wenn wir den furchtbaren Ernst einbekennten und mit den härtesten Mitteln eingreifen, um die Lage zu retten. Dann wird uns das Ausland Anleihen gewähren. Hoover hat gesagt, dass sich die Staaten und Völker selbst helfen müssen. Das trifft zu. Man wird dort helfen, wo der ernste Wille besteht, sich selbst zu helfen. An diese Bereittheit wird man nicht glauben, bis erwiesen ist, dass unsere Länder alles tun, was sie tun können, um die Konsumenten zu versorgen, und man wird nicht daran glauben, als bis wir als arme Leute, die wir sind, uns nicht jedes überflüssigen Luxus selbst begeben.

Nun aber sind es nicht diese moralischen Erwägungen, die die Regierung veranlassen haben, eine so harte Massregel zu ergreifen. Es ist die unmittelbar zwingende Not. Durch das tiefe Herabgleiten des Kronen-Kurses sind wir der ausländischen Zahlungsmittel nahezu beraubt. Wir brauchen aber solche unmittelbar in den nächsten 14 Tagen. Wenn diese Zahlungsmittel nicht

innerhalb kurzer Zeit beschafft werden, können wir die notwendigsten Zahlungen für Mehl, Fett und die anrollenden Waren nicht leisten und wir stehen vor der Gefahr einer Kürzung der Brot- und Mehlration. Dies können wir aber der Bevölkerung erst dann zumuten, wenn wir das Aeusserste getan haben, um das Unglück abzuwehren. Wir brauchen, um in den allernächsten Tagen zu leben, ungefähr 15 Millionen holländische Gulden. So steht die Sache in Wahrheit und die Herren Vertreter der Gemeinde müssen das wissen.

Gewiss bringt die Gemeinde Wien dadurch ein grosses Opfer, sie gibt ein Stück ihrer zukünftigen Entwicklung hin. Das soll jedermann im Staate wissen! In Wahrheit ist es der Kredit der Stadt Wien, von dem wir schon im letzten Jahre vielfach die Länder draussen versorgt haben und auch jetzt ist das, was wir mit diesen Mitteln besorgen werden, nicht nur für Wien, sondern für alle Länder bestimmt. Es entwickelt sich bei uns ein öffentlicher Geist, der durchaus selbstlich und engherzig ist und dabei jeden einzelnen schädigt, indem er ihm zu helfen glaubt. Wenn jedes Land, ja selbst jede Stadt sagt, diese Wasserkraft, diese Kohlengrube, dieses Getreide gehört mir allein, dann hätte auch die Stadt Wien das Recht zu sagen: Diese Kunstschatze benütze ich bloß für mich. Es freut mich, dass das der Herr Bürgermeister nicht erwähnt hat. Es ist dies ein Beweis, dass die Gemeinde Wien tatsächlich gemeinnützig denkt und im Interesse des ganzen Staates zu handeln bereit ist. Ich bin überzeugt, dass alle Länder ^{dies} der Gemeinde Wien sehr hoch zu rechnen werden.

Ich möchte im Einzelnen hinzufügen: Das was in den Museen und Galerien aufgestellt ist, ist geschützt durch den Friedensvertrag. Was sonst weggeführt werden soll, soll nicht gerade das Wertvollste und Charakteristischste für Wien sein. Es sind hauptsächlich höferrarische und kaiserliche und sonstige in den Staatskassens untergebrachte Werte, von denen wir uns trennen werden müssen. Es ist ja wahr, dass durch eine energischeren Finanzpolitik andere Vorsorgen möglich gewesen wären, aber unserer Finanzpolitik war gehemmt durch die Tatsache, dass der Friedensvertrag nicht geschlossen war, weil man nicht wusste, was man hoffen und was man behalten kann. Die Massregel selbst ist unabänderlich, so unabänderlich, dass wir dem ausführenden Organe geradezu diktatorische Gewalt geben müssen. Die Aufgabe ist viel ernster, als es scheint. Wir müssen uns mit diesem Mittel solange forthelfen, bis einschneidende Finanzmassregel getroffen werden. Wir werden weiter verkaufen müssen und wir haben nur die Wahl, ob wir unsere ökonomischen Produktionsmittel verkaufen oder das, was sicher wichtig und den Menschen kostbar ist, aber doch nicht zu den unmittelbarsten Bedürfnissen des Lebens gehört. Es droht uns faktisch die Gefahr, dass wir, wenn wir uns nicht freiwillig der fertigen überflüssigen Güter entbüssen, die Produktionsquellen werden hingeben müssen. So steht es und ich bitte im Gemeinderate und in der ganzen Öffentlichkeit bekanntzumachen, dass es sich um die Erhaltung unseres Produktionsapparates handelt. Kunst ist gewiss kein Luxus, aber wir können nicht anders. Wir werden versuchen unter allen Umständen unsere Produktion zu retten. Gelingt dies, so können wir durch Fleiss und Tüchtigkeit uns alles andere wieder schaffen. Hüten wir aber die Schätze die man Kulturschatze nennt, so stehen wir vor der Gefahr, dass wir nachdem wir die Produktionsmittel verloren haben, diese hinterher erst wieder verlieren. Die Öffentlichkeit wird uns verstehen.

+ + +

Vor allem ist es notwendig, dass diese ziel- und planlose Hineinwirtschaft ein Ende nimmt, es muss ein Sparprogramm aufgestellt werden, inwiefern wir die Industrie, den Licht- und Bahnstrom mit Kohle beliefern können. Dieser Plan muss auch jetzt eingehalten werden, sonst ist eine plötzliche Katastrophe unvermeidlich. Die Situation mit den Kohlen wird weiter verschärft durch die unmittelbare Verschärfung der Lebensmittellage. Der Bericht, den wir heute vom Staatskanzler gehört haben, klang mehr als trostlos. Die Gemeinde muss ihre Kunstsätze verkaufen, um fremde Valuta zum Einkauf von Lebensmitteln zu erhalten. War verkauft nicht die Gemeinde Wien, sondern die Staatsverwaltung diese Kunstsätze und ich sage, deshalb die Gemeinde Wien verkauft sie, weil Wien am meisten dadurch berührt wird. Denn die Kunstsätze waren der einzige Anreiz für den Fremdenverkehr, denn wir hatten und mit diesen Mitteln müssen wir unsere Wirtschaft wieder aufbauen. Unseren Bitten hat der Staatskanzler ein schriftliches „Nein“ gegenüber gesetzt, und geantwortet: „Ich kann nicht anders!“ In dieser ersten Zeit möchte ich zum Schlusse bemerken, dass die Herren von der Majorität wohl schon darauf gekommen sein werden, dass es leichter ist zu kritisieren, als zu schaffen. Sie waren scharfe Kritiker. Sie haben die Zeit der christlichsozialen Herrschaft benutzt, um uns zu kritisieren. Es wird wenige Leute in Wien geben, die nicht sagen werden, wir müssen den Christlichsozialen vieles abbiten, von dem was ihnen die Sozialdemokraten angetan haben. Die Zeit geht ihrem Ende zu, wo die November-Sozialisten nun endlich zur Vernunft kommen und es nehmen sich die Heimkehrer zur christlichsozialen Partei. Daran sind Sie schuld, wir danken Ihnen für diese Agitation und bedauern nur, dass es so traurige Folgen für die Bevölkerung hat.

GR. Körber (chr.-soz.): Zu spät ist es geworden! Ich bin der Anschauung, dass wir mit der Kohlen- und Brennholzbeschaffung hätte früher anfangen müssen. Im Mai hätten Sie mit der Vorsorge beginnen sollen, um eine Katastrophe abzuwenden. Die Ursachen der geringen Kohlenbestände, die wir heute haben, hätten Sie an der Wurzel fassen müssen. Das war die Hauptsache. Ich habe anfangs August eine Interpellation im Stadtrate eingebracht, die erst am 14. vom Bürgermeister ~~Sankingmann~~ beantwortet wurde, in der es sich um die Kohlen- und Holzbeschaffung drehte. Auch der 14. August war zu spät für diese Sache und es hat sich gezeigt, dass man bis zu dieser Zeit sorglos vorgegangen wurde. Erst nach meiner Interpellation wurde eine Kommission nach Prag und Berlin entsendet, um auf die Regierungen einzuwirken, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Es ist hier schon erörtert worden, dass die Kohlenförderung in den Gruben minimal geworden ist. Es hat auch damals Kollege Schirotek erwähnt, dass noch Ende 1914 von einem Grubenarbeiter täglich eine Tonne gefördert wurde, die nun auf 400 kg herabgesunken ist. Dort hätten Sie den Hebel ansetzen sollen, ich habe auch darauf verwiesen. Da ich der Anschauung bin, dass es ein Leichtes gewesen wäre, mit den Organisationen in Verbindung zu treten, Sie hätten hinaus gehen sollen, zu diesen Organisationen, sprechen sollen, dass gearbeitet werde, was möglich ist, damit die Katastrophe abgewendet werde. Was den Waggomangel anbelangt, wäre es Ihre Aufgabe gewesen, auch im Wege der Organisation Arbeiter zu veranlassen, damit die Reparaturen schnell durchgeführt werden. Das ist alles nicht geschehen, Sie haben gewartet, bis zu meiner Interpellation. Im Stadtrat ist uns gestern ein Vertrag vorgelegt worden, wegen Ankaufes amerikanischer Kohle. Es ist richtig, man muss sie kaufen, oder man wenigstens versuchen, sie kaufen zu können, unbeachtet des hohen Preises. Lieber eine teure Kohle, als eine Katastrophe mit unübersichtlichen Folgen, die im Winter zu gewärtigen sind. Im Vertrag habe ich Mängel bemerkt, auch auf einen Punkt aufmerksam gemacht; es handelt sich nicht um die eine Million Kronen für den Fond per An. Bei solchen Geschäften muss man mit einem solchen rechnen, aber ich finde es sehr merkwürdig, dass die beiden Geschäftsleute sich bedungen haben, dass sie auch in diesem Falle ihre Provision erhalten, wenn das Geschäft mit einem dritten gemacht wird. Was den Ersatz für Kohle mit Holz anbelangt, möchte ich nur bemerken, dass im Jänner von allen Seiten Holzangebote gemacht wurden. Ich habe mich sehr gefreut, dass unter den Holzhändlern eine Konkurrenz entstanden ist, und diese Zeit hat

die Majorität im Rathause versäumt. Zu dieser Zeit war einzuschreiten und aufzukaufen, was zu bekommen war. Man darf nicht in der Not kaufen, man muss kaufen, wenn man glaubt, dass man es nicht braucht. Auf meine Interpellation wurde eine Holzkommission gebildet, welche Holz nach Wien bringen sollte. Wir haben von der niederösterreich. Landesverwaltung zinslos 800.000 Rm am Papier versprochen, aber nicht in Wirklichkeit. Die Schwierigkeiten, die wir bei der Heranlieferung von Holz aus Lainz nunmehr erlebt haben, sind genügend. Nicht abzusehen, jene Schwierigkeiten, welche die Heranlieferung des vom Lande versprochenen Holzes haben werden. Leichter wäre es gegangen, wenn wir es im Sommer bekommen hätten. Auch diese Unterlassung ist eine schwere Sünde. Das Holzkomitee wurde gebildet und ich habe ohne eine Einladung zu bekommen, jeden Tag hier im Rathause nachgefragt. Und konnte keine Auskunft erhalten. Auch hat man es unterlassen, klar zu stellen, was für Aufgaben, dieses Komitee hat und was gemacht werden soll. Auch über die Machtbefugnisse war man sich nicht klar, und ich bin selbst mit einem Herrn des Komitees in Zwist gekommen, der behauptete, das von diesen 800.000 Rm für die Approximationsbetriebe nichts abgegeben werde, während der Magistrat das Gegenteil behauptete.

Der Bürgermeister möge sich um diese Stelle annehmen und sie vor allem konstituieren und ihre Arbeit klarstellen. Auf meiner Reise habe ich in Prag gehört, dass die dortigen Bäcker keine Not an Kohle leiden, sondern genügend beliefert werden. Es wird aber auch notwendig sein, dass die Vertreter hier im Gemeinderate, die der tschechoslowakischen Partei angehören, jede Parteipolitik unterlassen und in dieser Angelegenheit mit uns gemeinsame Arbeit leisten. Ich richte an sie diesen Appell, denn mit Partei und Nationalpolitik lässt sich hier schwer etwas machen. Wir stehen in einer schweren Zeit, in der es auch zu befürchten ist, dass neben der Kohlennot auch die Lebensmittelnot uns viel zu schaffen gibt. Wir wir heute hörten, werden die Notlager von Lebensmitteln bereits angegriffen, es muss aber auch vorgesorgt werden, dass neue Vorräte, die von den alten genommenen ergänzen. Ich frage bei dieser Gelegenheit den Bürgermeister, ob hier Vorsorge getroffen wurde. Zurückkommend auf die Kohlenkatastrophe frage ich aber auch, ob unsere Schulen und Waisenhäuser genügend Brennmaterial haben, damit unsere Kinder im Winter nicht frieren müssen. Zum Schluss will ich noch bemerken, dass „kritikübend, wie es die Sozialdemokraten bei allen unseren Aktionen machten, nicht schwer ist, aber eine Verwaltung zu führen, ist bedeutend schwerer. Die Sozialdemokraten haben nun die Majorität hier übernommen, aber auch die Verpflichtung, für die Bevölkerung zu sorgen. Diese Verpflichtung haben wir immer erfüllt und die müssen auch Sie heute erfüllen. Trachten Sie daher, dass im Winter nicht das furchtbare Wort, mit dem ich begonnen habe, ausgesprochen werde: „Zu spät! die Katastrophe wäre furchtbar, Schuld allein waren Sie!“

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Der lange Bericht, den der Herr Bürgermeister erstattet hat, hat die Aufgabe gehabt, ihn von jeder Schuld rein zu waschen, die ihm eventuell an den Zuständen zugeschrieben werden könnte. Ob der Bericht (zu den Sozialdemokraten gewendet) Sie vollständig überzeugt hat bezweifle ich sehr; uns hat er nicht überzeugt und am allerwenigsten die Bevölkerung. (Zustimmung rechts). Ich halte den Herrn Bürgermeister für einen in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten, für einen richtiggehenden, ich will ihm nicht zumuten, dass er eine so schwarze Seele hat, dass er absichtlich oder durch bewusste Vernachlässigungen die Zustände sich zuspitzen lassen will. Aber dass es gewisse Mängel an Voraussicht an tatkräftigen Eingriffen im richtigen Momente war, der mit an diesen Zuständen schuld war, das muss ich allerdings bejahen. Die Bevölkerung urteilt nach grossen Gesichtspunkten und taktiv: Die Sozialdemokraten haben die Herrschaft hier in Wien, im Lande, sie haben die führende Rolle hier im Staate, die Sozialdemokraten sind gegenwärtig dem tschechoslowakischen Staate gleichfalls an der Spitze, sie haben die führende Stellung in Berlin vom Reichspräsidenten angefangen. Wenn es wahr wäre, was die Sozialdemokraten immer behauptet haben, dass ihre Verbindungen über die Grenzen des Staates immer hinausgehen, dass sie, aus Ruher gekommen, das Beste der grossen Mächte herbeiführen können,

müsse es sich doch in diesen Zeiten irgendwie zeigen. Es ist aber ein Misserfolg auf der ganzen Linie. (Zustimmung rechts). Es versagt die Kohlensache, die Holzsache, die Lebensmittelsache, es sind auf allen Seiten derartige Misserfolge, dass die Überzeugung sich mehr und mehr Bahn bricht, dass es ja nicht an einzelnen Personen allein liegt, es liegt an dem System, daran dass die Sozialdemokratie durch Jahrzehnte die positiven Kräfte der Bevölkerung demüthigt hat, so dass sie nicht in der Lage ist, die Anforderungen in einer so schweren Zeit zu erfüllen. Wenn das wahr wäre, was Sie immer gesagt haben, dann müssten sie jetzt Ihre Verbindungen, Ihre Voraussicht, Ihr Solidaritätgefühl jetzt bei den Aushilfen nach dem Ausland zeigen; es zeigt sich aber nicht. Der Herr Bürgermeister liebt es, die Verantwortung anderen zuzuschreiben. Ich will gegen ihn persönlich nicht ungerecht sein. Was uns in der Minorität anbelangt - Opposition kann man nicht sagen, wir unterstützen Sie überall, wo es sich um das Wohl der Bevölkerung handelt....

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Gott schütze uns vor unseren Freunden!

GR. Forstner (Soz. Dem.): Nur keine Freundschaft!

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Das ist nicht der Standpunkt des Herrn Bürgermeisters; er betont immer, dass ihm unsere Mitarbeit willkommen und wert ist, und wir leisten sie, so gut wir können. Wir können aber zu den Anträgen erst dann Stellung nehmen, wenn sie uns im Stadtrat und Gemeinderat vorgelegt werden. Die Initiative, die Vorbereitung liegt ausschliesslich bei Ihrer Seite.

Bezeichnend für die Sozialdemokraten ist das Verhalten in der Holzfrage. Der Herr Bürgermeister hat eine etwas abfällige Bemerkung über die städtische Holzstelle gemacht; sie sei nur eingerichtet, um Untergründholz zu beschaffen. Warum hat man nicht im Juni das Amt ausgebaut? Im Juni hat man bereits gesehen, dass in diesem Sommer ein Ansammeln von Kohlenreserven nicht möglich ist, und damals wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um die Holzbeschaffung im grösseren Stil zu organisieren. Das ist aber nicht geschehen, und wir können es nicht als genügende Rechtfertigung ansehen, wenn man sich heute auf dem Standpunkt stellt, dass Amt sei nicht in der Lage, das zu leisten. Der Herr Bürgermeister hat bereits auf ^{die} Verordnung der Landesregierung hingewiesen, die uns auf dem Papier 800.000 Festmeter verspricht, mit deren wirklichen Aufbringung es aber sehr windig aussieht. Ich fürchte sehr, wir werden mit den Massnahmen, die heute vorgeschlagen werden, zu spät kommen. Die Verordnung ist eine etwas dilettantische. Die Bezirkshauptmannschaften schreiben den Herrschaften irgend ein Quantum vor, z.B. bis zum 1. Dezember 8000 Raummeter. Ein Forstverwalter hat mir das als reine Augenwischerei bezeichnet, da er bei allen Bemühungen dieses Quantum im Mai - Juni, aber nicht heuer aufbringen kann. Es ist gerade jetzt, wo man die Forstarbeiter so notwendig braucht und das Fortschreiten einer raschen Schlägerung so dringend notwendig hat, von Ihrer Seite das Verhältnis zwischen Forstverwaltung und forstwirtschaftlichen Arbeitern auf das unglaublichste zugespitzt worden.

In dem abgeschlossenen Kollektivvertrag ist eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden vorgesehen worden, und die Arbeiter verlangen eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden. Es ist unverantwortlich jetzt mit solchen Dingen zu kommen. Die Majorität hier kann sich nicht der Verantwortung entziehen, dass sie für die Gewerkschaftspolitik in erster Linie verantwortlich sind. Wenn Sie der Gemeinde das bisschen Brennholz verschaffen wollen, so müssen sie ihren Einfluss dahin geltend machen, dass die Sache nicht durch wahnwitzige Forderungen hinaangehalten wird. Sie selbst wissen, dass sie mit der Sozialisierung die Betriebe nicht führen können und das haben wir aus ihren eigenen Munde gehört. Sie dürfen aber auch die Leute nicht in einen Wahn lassen, Sie müssen auch den Mut aufbringen einmal etwas unpopuläres zu tun. Viele unter ihnen werden mit diesen Worten Recht haben, aber die vielen fehlt eben der Mut dies zu tun.

Der ganze Jammer in dem wir leben, liegt in der Unmöglichkeit um vom Auslande das zu beschaffen, was wir notwendig brauchen. Demütig ist die Angelegenheit mit der Kohlenbeschaffung aus Amerika. Zwei Herren, die nach Amerika fahren haben sich gegen Provision abgeben, vielleicht Kohlenabschlüsse für Wien und Deutschösterreich zu machen. Diesen Vertrag hat der Ministerialrat Kross am 23. August beschlossen.

Vor allem ist es notwendig, dass diese ziel- und planlose Hineinwirtschaft ein Ende nimmt, es muss ein Sparprogramm aufgestellt werden, inwiefern wir die Industrie, den Licht- und Bahnstrom mit Kohle beliefern können. Dieser Plan muss auch jetzt eingehalten werden, sonst ist eine plötzliche Katastrophe unvermeidlich. Die Situation mit den Kohlen wird weiter verschärft durch die unmittelbare Verschärfung der Lebensmittellage. Der Bericht, den wir heute vom Staatskanzler gehört haben, klang mehr als tröstlos. Die Gemeinde muss ihre Kunstschatze verkaufen, um fremde Valuta zum Einkauf von Lebensmitteln zu erhalten. Zwar verkauft nicht die Gemeinde Wien, sondern die Staatsverwaltung diese Kunstschatze und ich sage, deshalb die Gemeinde Wien verkauft sie, weil Wien am meisten dadurch berührt wird. Denn die Kunstschatze waren der einzige Anreiz für den Fremdenverkehr, denn wir hatten und mit diesen Mitteln müssen wir unsere Wirtschaft wieder aufbauen. Unseren Bitten hat der Staatskanzler ein schriftliches „Nein“ gegenüber gesetzt, und geantwortet: „Ich kann nicht anders!“ In dieser ersten Zeit möchte ich zum Schlusse bemerken, dass die Herren von der Majorität wohl schon darauf gekommen sein werden, dass es leichter ist zu kritisieren, als zu schaffen. Sie waren scharfe Kritiker. Sie haben die Zeit der christlichsozialen Herrschaft benützt, um uns zu kritisieren. Es wird wenige Leute in Wien geben, die nicht sagen werden, wir müssen den Christlichsozialen vieles abbiten, von dem was ihnen die Sozialdemokraten angetan haben. Die Zeit geht ihrem Ende zu, wo die November-Sozialisten nun endlich zur Vernunft kommen und des mehrten sich die Heimkehrer zur christlichsozialen Partei. Daran sind Sie schuld, wir danken Ihnen für diese Agitation und bedauern nur, dass es so traurige Folgen für die Bevölkerung hat.

GR. Körber (chr.-soz.): Zu spät ist es geworden! Ich bin der Anschauung, dass wir mit der Kohlen- und Brennholzbeschaffung hätte früher anfangen müssen. Im Mai hätten Sie mit der Vorsorge beginnen sollen, um eine Katastrophe abzuwenden. Die Ursachen der geringen Kohlenbestände, die wir heute haben, hätten Sie an der Wurzel fassen müssen. Das war die Hauptsache. Ich habe anfangs August eine Interpellation im Stadtrate eingebracht, die erst am 14. vom Bürgermeister beantwortet wurde, in der es sich um die Kohlen- und Holzbeschaffung drehte. Auch der 14. August war zu spät für diese Sache und es hat sich gezeigt, dass man bis zu dieser Zeit sorglos vorgegangen wurde. Erst nach meiner Interpellation wurde eine Kommission nach Prag und Berlin entsendet, um auf die Regierungen einzuwirken, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Es ist hier schon erörtert worden, dass die Kohlenförderung in den Gruben minimal geworden ist. Es hat auch damals Kollege Schirotek erwähnt, dass noch Ende 1914 von einem Grubenarbeiter täglich eine Tonne gefördert wurde, die nun auf 400 kg herabgesunken ist. Dort hätten Sie den Hebel ansetzen sollen, ich habe auch darauf verwiesen. Da ich der Anschauung bin, dass es ein Leichtes gewesen wäre, mit den Organisationen in Verbindung zu treten, Sie hätten hinaus gehen sollen, zu diesen Organisationen, sprechen sollen, dass gearbeitet werde, was möglich ist, damit die Katastrophe abgewendet werde. Was den Waggonmangel anbelangt, wäre es Ihre Aufgabe gewesen, auch im Wege der Organisation Arbeiter zu veranlassen, damit die Reparaturen schnell durchgeführt werden. Das ist alles nicht geschehen, Sie haben gewartet, bis zu meiner Interpellation. Im Stadtrat ist uns gestern ein Vertrag vorgelegt worden, wegen Ankaufes amerikanischer Kohle. Es ist richtig, man muss sie kaufen, oder man wenigstens versuchen, sie kaufen zu können, unbeachtet des hohen Preises. Lieber eine teure Kohle, als eine Katastrophe mit unübersichtlichen Folgen, die im Winter zu gewärtigen sind. Im Vertrag habe ich Mängel bemerkt, auch auf einen Punkt aufmerksam gemacht; es handelt sich nicht um die eine Million Kronen für den Fond per sé. Bei solchen Geschäften muss man mit einem solchen rechnen, aber ich finde es sehr merkwürdig, dass die beiden Geschäftsleute sich bedungen haben, dass sie auch in diesem Falle ihre Provision erhalten, wenn das Geschäft mit einem Dritten gemacht wird. Was den Ersatz für Kohle mit Holz anbelangt, möchte ich nur bemerken, dass im Jänner von allen Seiten Holzarbeit gemacht wurden. Ich habe mich sehr gefreut, dass unter den Holzhändlern eine Konkurrenz entstanden ist, und diese Zeit hat

die Majorität im Rathause verärgert. Zu dieser Zeit war einzuschreiten und aufzukaufen, was zu bekommen war. Man darf nicht in der Not kaufen, man muss kaufen, wenn man glaubt, dass man es nicht braucht. Ad meine Interpellation wurde eine Holzkommission gebildet, welche Holz nach Wien bringen sollte. Wir haben von der niederösterreich. Landesverwaltung zinslos 800.000 Rm am Papier versprochen, aber nicht in Wirklichkeit. Die Schwierigkeiten, die wir bei der Heranlieferung von Holz aus Lainsitz nunmehr erlebt haben, sind genügend. Nicht abzusehen, jene Schwierigkeiten, welche die Heranlieferung des vom Lande versprochenen Holzes haben werden. Leichter wäre es gegangen, wenn wir es im Sommer bekommen hätten. Auch diese Unterlassung ist eine schwere Sünde. Das Holzkomitee wurde gebildet und ich habe ohne eine Einladung zu bekommen, jeden Tag hier im Rathause nachgefragt und konnte keine Auskunft erhalten. Auch hat man es unterlassen, klar zu stellen, was für Aufgaben, dieses Komitee hat und was gemacht werden soll. Auch über die Machtbefugnisse war man sich nicht klar, und ich bin selbst mit einem Herrn des Komitees in Zwist gekommen, der behauptete, das von diesen 800.000 Rm für die Approvisionierungsbetriebe nichts abgegeben werde, während der Magistrat das Gegenteil behauptete.

Der Bürgermeister möge sich um diese Stelle annehmen und sie vor allem konstituieren und ihre Arbeit klarstellen. Auf meiner Reise habe ich in Prag gehört, dass die dortigen Bäcker keine Not an Kohle leiden, sondern genügend beliefert werden. Es wird aber auch notwendig sein, dass die Vertreter hier im Gemeinderate, die der tschechoslowakischen Partei angehören, jede Parteipolitik unterlassen und in dieser Angelegenheit mit uns gemeinsame Arbeit leisten. Ich richte an sie diesen Appell, denn mit Partei und Nationalpolitik lässt sich hier schwer etwas machen. Wir stehen in einer schweren Zeit, in der es auch zu befürchten ist, dass neben der Kohlennot auch die Lebensmittelnot uns viel zu schaffen gibt. Wir heute hörten, werden die Notlager von Lebensmitteln bereits angegriffen, es muss aber auch vorgesorgt werden, dass neue Vorräte, die von den alten genommenen ergänzen. Ich frage bei dieser Gelegenheit den Bürgermeister, ob hier Vorsorge getroffen wurde. Zurückkommend auf die Kohlenkatastrophe frage ich aber auch, ob unsere Schulen und Waisenhäuser genügend Brennmaterial haben, damit unsere Kinder im Winter nicht frieren müssen. Zum Schluss will ich noch bemerken, dass Kritiküben, wie es die Sozialdemokraten bei allen unseren Aktionen machen, nicht schwer ist, aber eine Verwaltung zu führen, ist bedeutend schwerer. Die Sozialdemokraten haben nun die Majorität hier übernommen, aber auch die Verpflichtung, für die Bevölkerung zu sorgen. Diese Verpflichtung haben wir immer erfüllt und die müssen auch Sie heute erfüllen. Trachten Sie daher, dass im Winter nicht das furchtbare Wort, mit dem ich begonnen habe, ausgesprochen werde: „Zu spät! die Katastrophe wäre furchtbar, Schuld allein wären Sie!“

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Der lange Bericht, den der Herr Bürgermeister erstattet hat, hat die Aufgabe gehabt, ihn von jeder Schuld rein zu waschen, die ihm eventuell an den Zuständen zugeschrieben werden könnte. Ob der Bericht (zu den Sozialdemokraten gewandt) Sie vollständig überzeugt hat bezweifle ich sehr; uns hat er nicht überzeugt und am allerwenigsten die Bevölkerung. (Zustimmung rechts). Ich halte den Herrn Bürgermeister für einen in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten, für einen richtiggehenden, ich will ihm nicht zumuten, dass er eine so schwarze Seele hat, dass er absichtlich oder durch bewusste Vernachlässigungen die Zustände sich zuspitzen lassen will. Aber dass es gewiss Mangel an Voraussicht an tatkräftigen Eingriffen im richtigen Momente war, der mit an diesen Zuständen schuld war, das muss ich allerdings bejahen. Die Bevölkerung urteilt nach grossen Gesichtspunkten und taktiv: Die Sozialdemokraten haben die Herrschaft hier in Wien, im Lande, sie haben die führende Rolle hier im Staate, die Sozialdemokraten sind gegenwärtig dem tschechoslowakischen Staate gleichfalls an der Spitze, sie haben die führende Stellung in Berlin vom Reichspräsidenten angefangen. Wenn es wahr wäre, was die Sozialdemokraten immer behauptet haben, dass ihre Verbindungen über die Grenzen des Staates immer hinausgehen, dass sie, aus Ruher gekommen, das Beste der grossen Mächte herbeiführen können,

müsse es sich doch in diesen Zeiten irgendwie zeigen. Es ist aber ein Misserfolg auf der ganzen Linie. (Zustimmung rechts). Es versagt die Kohlensache, die Holzsache, die Lebensmittelsache, es sind auf allen Seiten derartige Misserfolge, dass die Überzeugung sich mehr und mehr Bahn bricht, dass es ja nicht an einzelnen Personen allein liegt, es liegt an dem System, daran dass die Sozialdemokratie durch Jahrzehnte die positiven Kräfte der Bevölkerung demürrt hat, so dass sie nicht in der Lage ist, die Anforderungen in einer so schweren Zeit zu erfüllen. Wenn das wahr wäre, was Sie immer gesagt haben, dann müssten Sie jetzt Ihre Verbindungen, Ihre Voraussicht Ihr Solidaritätsgefühl jetzt bei den Aushilfen nach dem Ausland zeigen; es zeigt sich aber nicht. Der Herr Bürgermeister liebt es, die Verantwortung anderen zuzuschreiben. Ich will gegen ihn persönlich nicht ungerecht sein. Was uns in der Minorität anbelangt - Opposition kann man nicht sagen, wir unterstützen Sie überall, wo es sich um das Wohl der Bevölkerung handelt....

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Gott schütze uns vor unseren Freunden!

GR. Forstner (Soz. Dem.): Nur keine Freundschaft!

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.): Das ist nicht der Standpunkt des Herrn Bürgermeisters; er betont immer, dass ihm unsere Mitarbeit willkommen und wert ist, und wir leisten sie, so gut wir können. Wir können aber zu den Anträgen erst dann Stellung nehmen, wenn sie uns im Stadtrat und Gemeinderat vorgelegt werden. Die Initiative, die Vorbereitung liegt ausschliesslich bei Ihrer Seite.

Bezeichnend für die Sozialdemokraten ist das Verhalten in der Holzfrage. Der Herr Bürgermeister hat eine etwas abfällige Bemerkung über die städtische Holzstelle gemacht; sie sei nur eingerichtet, um Untergrundholz zu beschaffen. Warum hat man nicht im Juni das Amt ausgebaut? Im Juni hat man bereits gesehen, dass in diesem Sommer ein Ansammeln von Kohlenreserven nicht möglich ist, und damals wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um die Holzbeschaffung in grösseren Stil zu organisieren. Das ist aber nicht geschehen, und wir können es nicht als genügende Rechtfertigung ansehen, wenn man sich heute auf dem Standpunkt stellt, dass Amt sei nicht in der Lage, das zu leisten. Der Herr Bürgermeister hat bereits auf ^{die} Verordnung der Landesregierung hingewiesen, die uns auf dem Papier 800.000 Festmeter verspricht, mit deren wirklichen Aufbringung es aber sehr windig aussieht. Ich fürchte sehr, wir werden mit den Massnahmen, die heute vorgeschlagen werden, zu spät kommen. Die Verordnung ist eine etwas dilettantische. Die Bezirkshauptmannschaften schreiben den Herrschaften irgend ein Quantum vor, z. B. bis zum 1. Dezember 8000 Raummeter. Ein Forstverwalter hat mir das als reine Augenwischerei bezeichnet, da er bei allen Bemühungen dieses Quantum im Mai - Juni, aber nicht heuer aufbringen kann. Es ist gerade jetzt, wo man die Forstarbeiter so notwendig braucht und das Fortschreiten einer raschen Schlägerung so dringend notwendig hat, von Ihrer Seite das Verhältnis zwischen Forstverwaltung und forstwirtschaftlichen Arbeitern auf das unglaublichste zugespitzt worden.

In dem abgeschlossenen Kollektivvertrag ist eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden vorgesehen worden, und die Arbeiter verlangen eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden. Es ist unverantwortlich jetzt mit solchen Dingen zu kommen. Die Majorität hier kann sich nicht der Verantwortung entziehen, dass sie für die Gewerkschaftspolitik in erster Linie verantwortlich sind. Wenn Sie der Gemeinde das bisschen Brennholz verschaffen wollen, so müssen sie ihren Einfluss dahin geltend machen, dass die Sache nicht durch wahnwitzige Forderungen hinaufgehalten wird. Sie selbst wissen, dass sie mit der Sozialisierung die Betriebe nicht führen können und das haben wir aus ihren eigenen Munde gehört. Sie dürfen aber auch die Leute nicht in einen Wahn lassen, Sie müssen auch den Mut aufbringen einmal etwas unpopuläres zu tun. Viele unter ihnen werden mit diesen Worten Recht geben, aber die vielen fehlt eben der Mut dies zu tun.

Der ganze Jammer in dem wir leben, liegt in der Unmöglichkeit um vom Auslande das zu beschaffen, was wir notwendig brauchen. Demütig ist die Angelegenheit mit der Kohlenbeschaffung aus Amerika. Zwei Herren, die nach Amerika fahren haben sich gegen Provision abgeben, vielleicht Kohlen-schlüsse für Wien und Deutschösterreich zu machen. Diesen Vertrag hat der Ministerialrat Kloss am 23. August beschlossen.

V.-Bgm. Emmerling (Soz.-Demokrat): Der alte Staat Österreich produzierte im Jahre 1913 45,8 Millionen Tonnen Kohle, davon teilt Österreich 2,7 Millionen Tonnen, also 6% der Gesamtförderung. Unser Bedarf beträgt aber 14 Millionen Tonnen pro Jahr. Auch aus dem gewaltigen Rückstand der Förderung gegenüber dem Jahre 1913 und 1914 lässt sich die Schwierigkeit erklären, in der wir uns befinden. Für die geringere Förderung ist ausserdem von Dr. Danneberg bereits angeführten Momenten auch die besondere Ernährung der Bergarbeiter massgebend. Der Bergarbeiter geht mit voller Aggravation untertags, er kann kein warmes Essen geniessen, er nahm sich früher seinen Kaffee, Schinkenspeck u.s.w. mit, und jetzt soll er von den Ersatzmitteln leben. Es ist begreiflich, da da die Förderung sinken muss. Wir brauchen in Wien täglich 11700 Tonnen für Hausbrand, Industrie Gas und Elektrizitätswerk und dabei müssen wir sagen, dass wir da auf ein Mindestmass an Verbrauch angewiesen sind. Diese Menge wurde von der Entente auf rund 5000 Tonnen heruntergesetzt. Sie können sich vorstellen mit wie wenig wir Haushalten müssen. Wenn GR. Vaugoin darauf verwiesen hat, dass Berlin schon im September Verhandlungen hatte, so entgegne ich: Wir haben am 22. Mai die Herrschaft angetreten - was man so Herrschaft nennen kann, was Sie uns übergeben haben - und drei Tage darnach hat diese neue Herrschaft eine Kommission nach Prag und Berlin entsenden müssen, weil das, was Sie uns am 22. Mai übergeben haben, nicht mehr für die nächste Zeit langte. Weitere 3 Tage darnach musste ich wieder reisen. Man hat von einer vertroglosen Zeit seit dem 11. Juni gesprochen. Diese Reisen im Mai und Juni hatten den Zweck den am 11. Juni abgelaufenen Vertrag neu abzuschliessen. Was die Exportindustrie anlangt, haben wir schon im Juni Verhandlungen mit Amerikanern angeknüpft, dass sie uns Rohstoffe liefern. Ein Ergebnis dieser Verhandlungen ist, dass allerdings zum geringen Teil Rohstoffe gekommen sind. Es besteht kein Zweifel dass hier vielleicht ein Mangel der Organisation vorhanden ist, was Industrie und Handel und Gewerbe in Wien anlangt. Wenn von Versäumnissen bezüglich der Holzversorgung gesprochen wurde, so mache ich darauf aufmerksam, dass schon am 28. Juni durch die Gemeindevertretung die Verhandlungen wegen Holzbeschaffung angeknüpft worden sind. Es ist also da absolut kein Versäumnis zu bemerken. ~~XXXX~~ GR. Vaugoin hat gefragt, ob die Einstellung des Strassenbahnverkehrs so unbedingt notwendig gewesen wäre. Gerade vor Einstellung der Strassenbahn war die Anlieferung eine derartig dass wir kaum 20 Waggone für den Strassenbahnbetrieb hatten, geschweige denn, dass wir imstande gewesen wären, die Bedürfnisse der Industrie zu befriedigen. Wir hatten im August eine Konferenz im Staatsamt für öffentliche Arbeiten, wo von der Gemeinde verlangt wurde, dass die Strassenbahn an Samstagen, Sonntagen und

Montagen still zuliegen und an den anderen Tagen nur 2 Stunden in der Früh zu fahren sei. Wir haben erklärt, dass diese Massregel so ruinös für das ganze Wirtschaftsleben, dass früher noch ein anderer Ausweg noch gesucht werden müsse, bevor man die gesamte Industrie auf solche Weise drosselt. Ich habe Kenntnis gehabt, dass die Staatsbahnen Kohle für die Wintereröffnung des Stadtbahnbetriebes sammelten. Wir haben spät nachts noch mit allen beteiligten Stellen die Vereinbarung getroffen, dass diese Kohle dem städtischen Elektrizitätswerk zur Verfügung gestellt wird. Mit dieser Kohle haben wir uns die ganze Zeit geholfen. Wenn Sie sagen, dass wir zu spät mit diesen Massnahmen beginnen, so ist ja das nur der Schluss des ganzen, es sollen daraus nur organisatorische Massnahmen getroffen werden. Die Herren der Gegenseite haben immer erklärt, aus der Kohle soll kein Politikum gemacht werden, aber gerade Sie haben ein Politikum gemacht. Sie haben die Not der Bevölkerung und die Not, in der die Stadt sich befindet zu einem Politikum gemacht und wollen die Sozialdemokraten allein verantwortlich machen. GR. Vaugoin hat von der bolschewistischen Wirtschaft in Neufeld erzählt. Im Stadtrat wurde ein Bericht erstattet, dass der Betrieb tadellos geführt wurde und die Direktion hat die eingeführten Neuerungen für gut befunden. Ich würde Wert darauf legen, dass zur Zerstörung der Legende der Bericht des städtischen Elektrizitätswerkes im Gemeinderat verlesen wird. Wir haben in Prag von massgebenden Stellen gehört, dass Sie aus der Kohle kein Politikum machen wollen. Wenn man aber dann die Reden hervorragender Funktionäre des tschechischen Staates liest, wie des ehemaligen Ernährungsministers Dr. Vrdensky und des Ministers Benes, so klingt das ganz anders. Wir haben rückhaltlos den Prager Herren gesagt, dass die Tschechen in Paris den Standpunkt vertreten haben, dass unser Staat in seinem heutigen Umfang leben kann. Sie sind daher verantwortlich für den Staat als Ganzes und in Bezug auf seine wirtschaftliche Kraft. Der Vertrag mit Deutschland sichert uns 7000 Tonnen täglich zu, d.h. 11% unseres Bedarfes, während wir früher aus diesen Revieren über 30% nach Österreich bekommen haben. Das sind die Schwierigkeiten, unter denen wir zu leben haben. Kollege Kienböck hat auch von der Hebung der Arbeitermoral gesprochen. Wenn man aber durch vier einhalb Jahre Menschen verurteilt und den gutmütigsten Menschen gezwungen hat mit Werkzeugen zu arbeiten, so kann man nicht die Arbeitslust und die Arbeitsleistung von früher verlangen. Er hat auch gesagt, dass es keine Erleichterung aus den Arbeitsbedingungen mehr gäbe. Aber so wie früher, wo der Arbeiter alles einem Arbeitsgeber zur Verfügung stellen musste, geht es heute nicht mehr. Auch kann der Arbeiter nicht allein seine ganze Kraft zum Wie-

deraufbau hergeben, wo es noch Hunderttausende Nutzniesser sind, die von den Arbeitern leben. Wir dürfen den Arbeiter nicht zu höheren Leistungen veranlassen, die in all der gebrachten Weise wieder nur den Kapitalisten nützen soll. Unsere ganze Debatte und die Ausführungen der einzelnen Redner lassen den Schluss folgen, dass wir nicht allein die vorgeschlagenen Anträge annehmen müssen, sondern dass wir uns vor Augen halten müssen, dass jene bedrückenden Massnahmen in der nächsten Zeit wieder eintreten werden. Denn nach dem heutigen Einlauf ist zu befürchten, dass der Verkehr und die Abgabe von Licht und Kraft nicht weiter so erfolgen kann, wie jetzt. Wir müssen aber auch den Schluss ziehen, dass alles gemacht wurde, was zu machen war, denn wir haben uns von dem Tag der Übernahme an mit der Kohle und dem Brennmaterial beschäftigt und werden auch bemüht sein, dass in irgend einer Form eine Regelung eingeführt wird, damit es nicht wider notwendig wird die Strassenbahn zu ihrer glänze einzustellen.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) entgegnet dem GR. Dr. Danneberg und sagt, dass seine Ausführungen den Referaten im Stadtrate und den Verhandlungen in Prag und Berlin entsprungen seien. Als wir im September nach Prag kamen, haben wir eben den Vertrag nicht ratifiziert vorgefunden.

Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig.

GR. Vaugoin: Was die Waffenlieferungen betrifft, so haben die Worte des GR. Danneberg meine Ausführungen nur bekräftigt. Wir wollten kein Bündnis schliessen, wir ~~würden~~ konnten keine Truppen zur Verfügung stellen, aber dass wir Waffen liefern, ist doch keine Verletzung der Neutralität.

Gelächter bei den Sozialdemokraten.

GR. Hellmann ruft: Aber Herr Rittmeister!

GR. Vaugoin: Denken Sie an Ihren verehrten Präsidenten Wilson! Hat der keine Waffen geliefert? Ich teile Ihnen mit, dass mit die Verletzung der Neutralität noch lieber ist, als dass die Bevölkerung zu Grunde geht.

Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig!

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Aus Schonung für Bela Kun sind die Waffen nicht geliefert worden.

GR. Vaugoin: Ich erinnere Sie nur an die Vorfälle im Arsenal und ich glaube nicht, dass die Tschechen jetzt kein Interesse an Waffen haben. Ich weiss, dass Deutschland Tausende von Tonnen Kohle bekommt, wofür das dürfte Ihnen klar sein. So steht die Situation, meine Herren Neutralen. Denken Sie auch an die Artikel, die die W. Neustädter Zeitungen geschrieben haben und wofür sie demoliert wurden. Und wenn Dr. Danneberg sagt, dass Sie sich bemüht haben, das aus den Fugen gegangene Wirtschaft ~~anzukämpfen~~ aufzurichten, so bedenke ich mich dafür, wenn das so jetzt wie sie jetzt ausschaut. Dr. Danneberg hat auch gemeint wir kochen

unsere Parteisuppe an den traurigen Verhältnissen. Ihre Parteisuppe ist schon fertig, sie haben sich eine saubere Suppe eingebrockt. Alle aus Ihren Reihen sind empört, wenn wir gegen Sie etwas sagen und dann heisst es wir haben gegen die Arbeiter etwas unternommen. Wir reden nicht gegen die Arbeiter, wir reden gegen die Arbeiterführer. Es gibt Gott sei Dank noch Tausende von Arbeitern, die nicht in Ihren Reihen stehen. Wir predigen den Arbeitern keine Moral, aber den Führern der Arbeiter.

GR. Forstner (soz. Dem.): Sie sagen, die Arbeiter stellen Forderungen.

~~GR. Forstner~~
GR. Vaugoin: Wir haben den Arbeitern nicht ~~geantwortet~~ gesagt, sie sollen Forderungen stellen, das muß ihnen jemand anderer gesagt haben.

Die Ausführungen des VB-Emmerling sind keine Kritik meiner Ausführungen ~~gewesen~~. Ich weiss, dass die wiederholten Prager Reisen so verlaufen sind wie unsere letzte Reise. Es liegt nicht daran, dass man zu wenig reist, sondern es hat sich darum gehandelt, etwas zu erreichen. Und da habe ich getadelt, dass nicht gleich Programme aufgestellt wurden, um mit diesen Auftreten zu können. Wenn gesagt wird, dass Staatssekretär Zedik ein christlichsozialer Staatssekretär ist, so muß ich sagen, dass die Kohle ein Außenpolitikum ist und dass wegen ihrer diplomatische Verhandlungen gepflogen werden müssen. Auch wäre schon früher Gelegenheit gewesen amerikanische Kohle einzukaufen als sie noch billiger war.

VB. Emmerling hat uns auch den Vorwurf gemacht, dass wir uns nie den Herren der Majorität zusammengesetzt haben. Sie können doch von uns nicht verlangen, dass wir sie in die Akteneinsicht bitten, die sie uns ja nicht geben. Im Stadtrate kommen einfach die Herren Referenten und tragen vor, Sie haben die großen Referate und wir bekommen die kleinen. Wir sind auch meist vor vollendete Tatsachen gestellt.

Verantwortung tragen und zusammensetzen mit ihnen können wir nur dann, wenn wir mehr Einblick und Einfluss in die Gemeindeverwaltung haben als jetzt. Jetzt komme ich auf die Bemerkung des Vize-Bürgermeisters Emmerling zu sprechen, der meine Bemerkung, dass Neufeld unter dem bolschewistischen Regim schwer gelitten habe, illoyal gewesen sei. Ich habe nur die Wahrheit berichtet und der beste Beweis für die Wahrheit meiner Ausführungen ist der, dass dem ~~alten~~ Leiter des bolschewistischen Regimes gekündigt wurde, ja Dr. Winter ~~hat~~ beantragt sogar, ihn sofort zu entlassen. Die Kohle ist kein Politikum hat der Bürgermeister gesagt, Wir haben die Kohle ^{nie} als solches behandelt und haben weder im Stadtrat daraus ein solches gemacht. Wenn wir aber auf die zögernde Haltung in der Kohlenfrage Ihrerseits aufmerksam machen, so ist dies unsere Pflicht als Opposition. Denken Sie zurück an die Zeit Weis-

